

MITTEILUNGEN

DAS GESETZ VOM JAHRE 1351 IN DER UNGARISCHEN GESCHICHTSSCHREIBUNG

von
ERZSÉBET KULCSÁR

Das feudale Gesetz war eine spezifische Form des ausserwirtschaftlichen Zwanges. Es spielte in der Stabilisierung beziehungsweise Konservierung der Produktionsverhältnisse eine sehr bedeutende Rolle. Sämtliche feudalen Gesetze kamen im Dienste der Zwecke der herrschenden Klasse und später auch der Städte, auf deren Initiative zustande. In den Gesetzen wurden der unterdrückten Klasse hie und da gewisse Begünstigungen zugesichert, die zumeist den Charakter von Almosen oder Zwangsspenden hatten.

Das Gesetz wurde nach dem Ausbau der Ständeverwaltung — von wenigen Ausnahmen abgesehen — im Einverständnis zwischen Herrscher und Reichsrat geschaffen, wodurch dessen Befolgung sowohl für den Herrscher wie auch für die „Nation“ verbindlich war. Vor dem Zustandekommen des Ständestaates war es dem Gutdünken des Herrschers überlassen, wessen Mitarbeit er in Ausübung seiner gesetzgebenden Gewalt in Anspruch nahm. Zwecks Durchführung und Geltendmachung der Beschlüsse erschien die Inanspruchnahme einer grösseren Gemeinschaft für zweckdienlich. Die Herrscher betrachteten jedoch das Gesetz dessen ungeachtet nicht für unverbrüchlich.¹ Die Ursache der wiederholten Bekräftigung unserer mittelalterlichen Gesetze ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass das feudale Gesetz nicht befolgt wurde. Andererseits erachteten es auch die Gesetzgeber während der Zeit ihrer Herrschaft — im Falle einer Interessenübereinstimmung — für richtig das bereits früher geschaffene Gesetz zu realisieren. Im Gesetz wurde nicht allein der bereits bestehende Zustand sanktioniert, sondern auch der zu erreichen erwünschte. Die Niederlegung des funktionierenden Gewohnheitsrechtes im Gesetz widerspiegelte die bestehenden Rechtsverhältnisse. Das Gewohnheitsrecht war das Ergebnis einer längeren Entwicklung, es gestaltete sich im übereinstimmenden Vorgehen der Gesellschaftsschichten, mit welchem Vorgehen die Bedürfnisse, vor allem die Rechtsbedürfnisse befriedigt wurden, die die veränderte Lebensweise erfordert hat. Die übereinstimmende Art und Weise der Befriedigung und deren Geltendwerden auf lange Sicht brachten das Gewohnheitsrecht zustande, das in der

Gesellschaft als ungeschriebenes Gesetz — wirkungsvoller als das geschriebene Gesetz — zur Geltung kam und verpflichtete.

István Werbőczy legte im Tripartitum² mit bleibender Gültigkeit die dreifache Kraft der Gewohnheit nieder: die gesetz-erläuternd, gesetz-aufhebend und gesetzvertretend sein kann. Wenn das Gesetz zweifelhaft ist, verleiht ihm die Gewohnheit den richtigen Sinn, sie hebt es auf, wenn es im Widerspruch zu ihr steht und vertritt das fehlende Gesetz.

In vorliegender Arbeit wollen wir versuchen jenes geistige Erbe, das über das Gesetz vom Jahre 1351 der Nachwelt überliefert wurde, zu summieren und auszuwerten, wir unternehmen den Versuch die Entwicklung dieses geistigen Erbes, seine Wirkung in der Vergangenheit und in der Gegenwart, vor allem seine historische Entwicklung zu umreißen. Die historische Perspektive ist der Masstab des Gesetzes vom Jahre 1351, sie ist hingegen ein Wertmesser für den Geschichtsforscher, für seine unmittelbare oder fernere Nachwelt. Wir untersuchen das Gesetz vom Jahre 1351 aufgrund der Fachliteratur, die sich mit diesem Thema beschäftigt, und vergleichen die erhaltenen Ergebnisse mit dem ursprünglichen Quellenmaterial. Die Zäsur bildet in der Fachliteratur die bedeutende Arbeit von István Katona.³ In den Chroniken, die sich auf dieses Zeitalter beziehen,⁴ finden wir nämlich hinsichtlich unseres Themas bloss Hinweise, die ausser acht gelassen werden können. Auch ein Studium des handschriftlichen Materials der unveröffentlichten Quellensammlungen⁵ kann vernachlässigt werden, indem die Herausgeber unserer späteren Quellenpublikationen das Material der bedeutendsten handschriftlichen Sammlungen in ihren Veröffentlichungen verwendet haben.

Bei Beginn der Analyse der im Zusammenhang mit der Auslegung des Gesetzes entstandenen Streitfragen und Meinungen müssen wir von der Grundstellung ausgehen, dass „das Gesetz anlässlich einer Rekonstruktion der realen Verhältnisse fast mit der gleichen Vorsicht zu behandeln ist wie die nacherzählte Quelle, die infolge ihrer Natur von subjektiven Gesichtspunkten und Tendenzen im hohen Ausmass beeinflusst ist“⁶.

Wir messen dem Gesetz vom Jahre 1351 eine besondere Bedeutung in der Kräftigung der entwickelten feudalen Klassenverhältnisse in Ungarn und hinsichtlich der Entfaltung des ungarischen Ständewesens zu, worüber wir im weiteren Teil unserer Studie noch zurückkommen werden.

Anlässe zur Kodifikation des Gesetzes vom Jahre 1351

Der Herausgeber der bedeutenden Quellenpublikation des 18. Jahrhunderts — die auch heute noch mit Nutzen angewandt werden kann —, István Katona,⁷ widmet der Klärung der Ursachen der Publikation ein eigenes Kapitel. Die unterschiedlichen Meinungen seiner Vorgänger und Zeitgenossen bewegten ihn zu dieser Erörterung, die einem historiographischen Überblick gleichkommt. István Werbőczy hebt den mit dem Krönungszeremoniell verbundenen Brauch, die dem Herrscher gebührende „Erwartung“⁸, Franz Rudolf Grossing⁹ hingegen die Gewalt, die Furcht

und den Betrug¹⁰ als motivierende Faktoren hervor, die König Ludwig zur Sanktionierung der Goldenen Bulle vom Jahre 1222 bewegt haben. Katona widerlegt beide Annahmen und beruft sich auf Artikel 7 des Dekrets von Andreas II., wonach „Si rex extra regnum exercitum ducere voluerit; seruiantes cum ipso ire non tenentur, nisi pro pecunia ipsius“.¹¹ Im Gegensatz zu diesem Gesetz leisteten die Adeligen in den neapolitanischen Feldzügen ausserhalb des Gebietes des Königreichs Kriegsdienst, und boten darüber hinaus auch ihre Einkünfte dem König an. Sie fürchteten sich jedoch „ne liberale hoc eorum factum in exemplum subinde traheretur“, deshalb verlangten sie eine Bekräftigung der Goldenen Bulle. Ludwig aber — heisst es weiter in der Argumentation Katonas — erweiterte jene in seiner Freigebigkeit mit fünfundzwanzig neuen Artikeln.

György Pray¹² nimmt ohne Anspruch auf eine gründliche philologische Analyse, den gleichen Standpunkt ein wie Katona, was die Schlusskonsequenzen betrifft.¹³ Während jedoch Katona darüber berichtet, dass sich Ludwig „precibus Hungarorum“¹⁴ zur Bestätigung des Gesetzes entschlossen hat, engt Pray durch den Gebrauch des Begriffs „Ordnung“¹⁵ den Kreis jener ein, auf deren Wunsch die Goldene Bulle bekräftigt wurde.

Die unsererseits untersuchten Quellenpublikationen gehen über eine Prüfung der oberflächlichen Erscheinungen des Gesetzeserlasses nicht hinaus: König Ludwig bestätigte die Goldene Bulle vom Jahre 1222 auf Wunsch der Adeligen, für ihre in den neapolitanischen Feldzügen geleisteten Dienste.

Neuartig sind die Auslegungen von Johann Christian Engel¹⁶, wonach der Gesetzeserlass nicht allein eine grosszügige Geste des Königs den Adeligen gegenüber war, sondern das Gesetz von den Adeligen für die gebotenen Zugeständnisse auch Gegenleistungen forderte. Er anerkennt den Charakter des Gesetzes als ein „Dankgeschenk“ nicht. Seine Darlegung über die Einberufung des Reichstags, das heisst über die Beweggründe des Erlasses, beruht auf einem Irrtum: „Der Hauptzweck dieses Reichstags sollte seyn, die Dienste, die ihm der Adel bisher in allen Reichsvorfällen, und besonders in den Neapolitanischen Zügen geleistet hatte, zu belohnen, den Adel zu weitem solchen Diensten in guten Stand zu setzen, und die Einkünfte der Krone zu mehren“.¹⁷ Er lässt den einleitenden Teil des Gesetzes ausser acht,¹⁸ obwohl er diesen in dieser Frage für massgebend betrachten müsste.

In gesellschaftswissenschaftlicher Beziehung erörtert die Frage Ignaz Aurel Fessler.¹⁹ Ludwig fühlte sich aufgrund des freien Verfügungsrechtes der Könige über den Grundbesitzern dazu veranlasst die Hofrechte und die Verpflichtungen der Bauern zu regeln und zu Gunsten der letzteren zu bestimmen.²⁰ Der Illusion des guten Königs kam in der Gestaltung seines Standpunktes eine um vieles grössere Rolle zu, als der Analyseermöglichkeit, die der Wortlaut des Gesetzes bietet.

Von den politischen Geschehen, die auf das Entstehen des Gesetzes wirkten, von den neapolitanischen Feldzügen spricht Benedek Virág²¹, wobei er die Meinung der Verfasser der frühen Quellenveröffentlichungen mit nichts modifiziert.

Mihály Horváth²² projiziert mit seiner Ansicht die Probleme der Reichstage seiner Zeit in die Vergangenheit zurück. Seiner Meinung nach hat der Hochadel während der Abwesenheit des Königs die Rechte des niederen Adels verletzt, deshalb kam es zur Herausgabe des Dekrets vom Jahre 1351.

László Szalay²³ gemäss wollte der Herrscher durch die Bekräftigung der Goldenen Bulle vom Jahre 1222 erreichen, dass „die Innenregierung auf eine nationalere Grundlage gelegt“ werde.²⁴ Ludwig kodifizierte sein berühmt gewordenes Gesetz dem Adel und den Leibeigenen für ihre Kriegsdienste, den Städten für das zum Empfang der Söldner gespendete Geld als Gegenleistung und Belohnung.²⁵

Antal Pór²⁶ fasst den Erlass des Gesetzes als einen bedeutenden Meilenstein der Regierung Ludwigs auf und betrachtet jenes als ein Geschenk für die im neapolitanischen Feldzügen geleisteten Dienste.

Im Laufe unserer historiographischen Erörterung gelangten wir nunmehr bis zu den Geschichtsschreibern vom Ende des 19. Jahrhunderts, doch begegneten wir in ihren Auffassungen im wesentlichen noch keiner anderen, wie der, dass das Gesetz vom Jahre 1351, die Bekräftigung der Goldenen Bulle vom Jahre 1222 eine dem Adel seitens des Königs gewährte Belohnung für ihrem in den neapolitanischen Feldzügen geleisteten Dienste darstellt.

Henrik Marczali²⁷ prüft statt der früheren Taterbungen – tiefere Zusammenhänge als seine Vorgänger suchend –, warum Ludwig gerade die Goldene Bulle vom Jahre 1222, und nicht die vom Jahre 1231 bekräftigt hat? Den entscheidenden Unterschied erblickt er darin, dass 1231 jene Punkte des Gesetzes vom Jahre 1222 wegfielen, die für die Kirche günstig waren.²⁸ Wenn wir das Verhältnis Ludwigs zur Kirche vor Augen halten oder bloss an die neuen Artikel des Gesetzes vom Jahre 1351 denken, die den Wirkungskreis der Kirche eingeschränkt haben, wird es verständlich, warum im Jahre 1351 die Goldene Bulle vom Jahre 1222 und nicht die vom Jahre 1231 bekräftigt wurde. Die Bedeutung der Auslegungen Marczalis sind nicht in dem weiter oben Besprochenen gegeben, sondern in seiner Bemerkung, wo er über die ständischen Rechte schreibt, die wohl „noch auf der königlichen Gunst und den königlichen Privilegien beruhen“²⁹, aber immerhin schon bestanden.

Bódog Schiller³⁰ fasst in seiner rechtshistorischen Studie, die unser Thema betrifft, die Bekräftigung des Gesetzes ebenfalls als den Dank des Königs auf.³¹

Laut Ansicht von István Rugonfalvi Kiss³² kam das Gesetz vom Jahre 1351 „aufgrund einer Vereinbarung zwischen König und Nation“ zustande.³³

Gemäss Bálint Hóman³⁴ hat Ludwig die Goldene Bulle auf Ersuchen und Vorschlag des grösseren königlichen Rates³⁵ bekräftigt, ungeachtet dessen, dass jene die königliche Macht einschränkte, obwohl er sich auf den Standpunkt einer uneingeschränkten Macht gestellt hat.

Natürlich befassten sich die genannten Autoren nicht allein mit den die Kodifikation auslösenden oberflächlichen Erscheinungen, doch

sind wir der Meinung, dass die Bewertung, die Reihenfolge der auslösenden äusseren „Ursachen“ und „Faktoren“ für die Methode des Historikers und letzten Endes für das über die Geschichte seinerseits gestaltete Gesamtbild stets charakteristisch ist.

Die Artikel, welche die Dienstleistungsverpflichtungen der Leibeigenen betreffen und ihre Rechtslage regeln

Mit diesem Teil des Kapitels sind wir bei dem meistumstrittenen Teil unseres Themas angelangt. Im Kreise der Historiker unserer Zeit haben sowohl die Frage des Neuntels wie auch die der Freizügigkeit zahlreiche Diskussionen inspiriert. Wir beabsichtigen das Wesentliche dieser Auseinandersetzungen vom Beginn bis in unsere Tage zu umreissen.

Von den Artikeln, welche sich mit der Bestimmung der Lasten der Leibeigenen befassen, beschäftigen wir uns mit den Artikeln, die den Kameralnutzen (*lucrum camerae*)³⁶ und das Neuntel (*nona*)³⁷ betreffen. Dies soll nicht heissen, dass die Leibeigenschaft der Mitte des 14. Jahrhunderts bloss diese Lasten zu tragen hatte. Dem Artikel, der den Nutzen der Kammer anordnet, kann entnommen werden, dass dessen Einbringer ausserdem auch eine Geldsteuer und eine Lebensmittelsteuer eingehoben haben. Unter den wirtschaftlichen Lasten wollen wir noch den Feudalzoll³⁸ erwähnen.

Anhand einer Prüfung der Rechtsbeziehungen des Dekrets, die unser Kapitel berühren, befassen wir uns mit dem 16.³⁹ und dem 18.⁴⁰ Artikel.

Bevor wir die Auslegungsdiskussionen historiographisch überblicken ist zu klären, welche Volkselemente in der Mitte des 14. Jahrhunderts dem Begriff der Leibeigenschaft angehört haben. Im Zusammenhang mit den aufgeworfenen Fragen zitieren wir die Feststellungen bürgerlicher Geschichtsschreiber: „Wer den Kameralnutzen und das Neuntel zahlte, der gehörte der Leibeigenschaft an“.⁴¹ „Die zahlenmässig bedeutendste Schichte der der gutsherrlichen Obrigkeit unterstellten Volkselemente war die grosse Klasse der Leibeigenen oder Bauern, die auf ihrem, vom Bodenbesitz der Herrschaft zu ewigem Gebrauch erhaltenen Grundstück entgegen einer Produktensteuer und anderer herrschaftlichen Dienstleistungen selbständig wirtschafteten.“⁴² Unter Leibeigenen „sind alle gutsherrlichen Völker zu verstehen, also ohne Rücksicht auf deren Herkunft. ... der Begriff des Zustandes der Leibeigenschaft umfasst sämtliche gesellschaftliche Elemente, die aus dem ständischen Rahmen des Adels und den Mauern der königlichen Städte ausgeschlossen waren“ — lautet eine fast zur gleichen Zeit entstandene Meinung.⁴³ Hinweisartig — den Gestaltungsprozess veranschaulichend — formulierte sich die marxistische Konzeption: „... auf den königlichen Gütern hatten die Truchsessens die gleiche Last zu tragen wie die Leibeigenen des Gutsherrn ... Artikel 6 des Gesetzes vom Jahre 1351 auferlegte die Neuntellast auch den Truchsessendörfern. Demnach vermochte sich auch die werktätige Bevölkerung der königlichen Dörfer — von einzelnen privilegierten Dörfern abgese-

hen – der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung nicht zu entziehen, und schmolz allmählich sowohl dem Namen nach wie auch rechtlich, und hinsichtlich ihrer Lasten völlig in die Leibeigenschaft ein.“⁴⁴

In Zusammenfassung des Obigen können wir feststellen, dass alle die Dienstleistungsverpflichtung und die gutsherrschaftliche Subordination als gemeinsame Züge hervorgehoben haben. Erik Molnár registriert in der Entwicklung der einheitlichen Klasse der Leibeigenen als entscheidenden Faktor den Klassenkampf, dessen frühe Formen wir im 12. Jahrhundert in den Ketzereien, und später, im 13. Jahrhundert in den Bewegungen zwecks Verbesserung der wirtschaftlichen und rechtlichen Lage erkennen können. In diesem Teil unserer Studie befassen wir uns mit der Lage dieser Gesellschaftsklasse, vor allem mit deren Dienstleistungsverpflichtungen, deren Ausmass jederzeit – so lange die Leibeigenschaft bestanden hat – vom Besitzsystem und der Leibeigenendichte, von den allgemeinen öffentlichen Zuständen, den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bestrebungen der Zeit, von den Gegensätzen zwischen den Gross- und Kleingrundbesitzern⁴⁵ bestimmt wurde.

Von den durch obige Faktoren determinierten Dienstleistungsverpflichtungen wollen wir vorerst den auch früher gebräuchlichen Kameralnutzen erörtern.⁴⁶

In unseren frühen Quellenpublikationen forschen wir vergebens eine Auslegung dieses Gesetzartikels, wir können nur Textmitteilungen und Hinweise, die kaum einen halben Satz ausmachen, der Autoren finden.

Auch die Quellenpublikation von Ignaz Aurel Fessler können wir inbezug auf die Eintreibung des Kameralnutzens nur als kurzen Beitrag verwenden.⁴⁷

Der bedeutende Monograph der Anjou-Zeit, Antal Pór befasst sich als erster mit der Frage des Kameralnutzens. Pór hält für die wichtigste Verfügung nach der Avitizität die im Sachbereich „einer Regelung und Vereinfachung des zerrütteten Steuerwesens“ getroffenen Entscheidungen, indem dies das „Schicksal der Steuerpflichtigen wesentlich erleichtert und jeden Missbrauch ein Ende bereitet hat.“⁴⁸

Ignác Acsády stellt die Tatsache fest, dass „König Ludwig die von seinem Vater übernommene Torsteuer in Geltung belies“ und weist darauf hin, dass er diese „den Steuerpflichtigen präziser bemessen liess.“⁴⁹ In seine Auslegung schleicht sich ein Irrtum ein, indem er die Erwähnung des ganzen Grundstückes (intero fundo) damit erklärt, dass zu jener Zeit die Grundstückzerkleinerung schon allgemein üblich war.⁵⁰

In der repräsentativ zusammenfassenden Schöpfung der Geistesgeschichte wird unser hier erörterter Gesetzartikel bloss erwähnt. Der Mangel eines Anspruches auf eine eingehendere Besprechung ist dem Umstand zuzuschreiben, dass er einfach „als eine Verfügung König Karls I. inbezug auf die Dreigroschenoder Achtzehndenar-Portalsteuer von Landesgültigkeit“ betrachtet wird.⁵¹

Aufgrund einer Verarbeitung des umfangreichen Quellenmaterials jener Zeit gelangte unsere marxistische Geschichtsschreibung zur vielseitigen Auslegung des Artikels über die Anordnung des Kameralnutzens.

Als erster untersuchte es György Székely, was zu der, mit einer neuerlichen Regelung verbundenen Anordnung des Kameralnutzens führte. Seiner Ansicht nach ist „1351 eines der Motive der Bewegung des mittleren und niedrigen Adels die ihre Leibeigenen drückenden schweren staatlichen Steuerlasten“. Ludwig war nämlich wegen der neapolitanischen Feldzüge gezwungen zur Erhöhung der Steuer des Kameralnutzens zu greifen. Darüber hinaus wurden — wie dies Artikel 4 besagt — sowohl Geld- wie Lebensmittelsteuern bemessen. Die Einführung von Beschränkungs- und Regelungsmassnahmen weisen auf die Zwangslage hin, in der sich der König befand als er diese Vorkehrungen traf. Dies geht aus der Bestimmung einer Steuer von drei Groschen nach dem ganzen Grundstück sowie der Abschaffung der überflüssigen (*superfluous*) Denare und der Steuerablösung (*dicarium redemptio*) hervor.⁵²

Ähnlich den übrigen Verfügungen des Gesetzes kam es auch im Zusammenhang mit der Bemessung der Steuer des Kameralnutzens zu vielen Unzufriedenheiten.

Eine der wichtigsten „Zwangsbestimmungen“⁵³ des Gesetzes vom Jahre 1351 ist die als Neuntel bezeichnete Gutsherrensteuer. Über ihre Vorgeschichte, Einführung, Motive, Auslegung und ihr Nachleben berichten zahlreiche Arbeiten der Geschichtswissenschaft.

Der erste Historiker, dessen Arbeit wir unter die Lupe nehmen wollen, ist István Katona. Er befasst sich vor allem mit den Motiven der Einführung des Neuntels. Seiner Ansicht nach „*Ludouicus libertati subditorum consulere voluit, ne scilicet a dominis suis arbitrariis oneribus grauarentur et ultra nonan partem fructuum ab illis quicquam exigeretur*“⁵⁴. Hieraus folgt seine Gesetzauslegung: „*Excessus igitur hic ultra nonan partem fructuum prohibetur; non ius nonarum percipendarum primo confertur.*“⁵⁵ Er setzt sich mit Grossinger auseinander, der „*ab hac interpretatione Kollarii*“⁵⁶ rursus discedit, dum ait, ante Ludouici I. tempora, quas hodie domini terrestres percipiunt, nonas regem accepisse“. Eine Quelle, welche die zitierte Ansicht Grossingers bestätigen würde, oder eine Bearbeitung, die eine solche erwähnt, fanden wir in der Geschichtswissenschaft nicht. Auch die unrichtige Fragenstellung Katonas, die einer Ausserachtlassung der tatsächlichen Zustände, der wirtschaftlichen Faktoren entspringt, können wir nicht akzeptieren. Bei ihm taucht der Gedanke gar nicht auf, was die Nichteintreibung des Neuntels hiess. Der Regelung misst er gleichzeitig eine vereinheitlichende Wirkung zu, die den Leibeigenen schützt.

György Pray teilt die Verfügungen Ludwigs, die über die Bekräftigung der Goldenen Bulle hinausgehen, hinsichtlich der Gesellschaftsschichten in zwei Teile, je nach dem, ob sie „*ad subjectos*“ oder „*ad dominos*“ gerichtet sind, beziehungsweise sich mit deren Angelegenheiten beschäftigen. Einleitend berührt das Neuntel — hinsichtlich ihres Zwecks — beide Schichten. „*Illi ne ab his pro libidine premerentur decrevit, ut seculares domini partem nonam frugum et vinorum, Ecclesiastici vero praeter hanc, insuper decimam, perciperent* . . .“⁵⁷ Mit diesem Gedanken schliesst er sich jenen Geschichtsschreibern an, die in der Vereinheitlichungsbe-

strebung des Neuntels eine Manifestation des Schutzes der Leibeigenen erblicken. Der Gesetzartikel regelte einheitlich die Dienstleistung und wollte diese überall obligat machen, womit ein Schutz der Steuerzahler erreicht werden sollte.

Johann Christian Engel betont im Gegensatz zu Katona und Pray, dass Ludwig mit seinem Gesetz über das Neuntel zum grossen Nachteil der Bauernschaft eine ganz neue Last eingeführt hat. Der König wollte nämlich aus seinen eigenen Besitzungen einen immer grösseren Nutzen ziehen, und um dem Murren des Adels und der Kirche vorzubeugen ordnete er die pflichtmässige Eintreibung erst des Zehntels, später des Neuntels auch auf ihren Besitzungen an. Das Neuntel und den Kameralnutzen erachtet er für eine Folge der ausländischen Kriege, und betont, dass vom Gesichtspunkt der Bauernschaft aus beide Verfügungen schädlich waren.⁵⁸

Benedek Virág zitiert den Artikel 6 teils ungarisch, teils lateinisch aus dem *Corpus Iuris*, und da er dort in einer Fussnote den Vermerk findet: „*Nonarum exactio annis jam 391. durat*“, — identifiziert sich seine Ansicht mit der des Verfassers der Fussnote, indem er erklärt: „Das Neuntel wurde also von Ludwig eingeführt, es scheint, zu Lasten der Leibeigenschaft. Darauf, dass die Eintreibung obligatorisch vorgeschrieben wurde weist er wohl in einer Anmerkung von einem halben Satz hin, eine weitere Erklärung gibt er jedoch nicht.“⁵⁹

Nach Ézsaiás Buday⁶⁰ war die gesetzliche Regelung darum von Nutzen, weil „sowohl der Bauer wusste, was er schuldet, und mehr von ihm nicht eingehoben werden durfte, wie es auch der Gutsherr wusste, was er von seinen Leibeigenen gesetzmässig fordern konnte“.⁶¹

László Szalay erwähnt — bevor er seine Meinung im Problembereich des Gesetzes über das Neuntel äussern würde —, dass die Leibeigenschaft auch vor 1351 das Neuntel entrichtete, und die Regelung deshalb nötig war, um sie vor jenen Gutsherren zu schützen, die mehr als ein Neuntel forderten.⁶² Szalay stellt diese Erklärung mit dem letzten Teil des Artikels in Abrede, der darauf hinweist, dass das Gesetz zur Zeit Ludwigs geschaffen wurde. Er differenziert nicht zwischen Gesetz und Gewohnheitsrecht, was gegenüber der weiter oben zitierten Auffassung Kollars einen Schritt rückwärts darstellt. In der vom „grossen“ König gestalteten Konzeption Szalay's wäre es nicht „am Platze“ reale Konsequenzen zu ziehen, er warnt daher: „der junge Leser möge nicht auf eine Unterdrückung der Leibeigenen folgern. Der Bauer verfügte unter Ludwig genauso wie zur Zeit seines Vaters über das Recht der Freizügigkeit, und dies allein war eine gewaltige Garantie gegen die Unterdrückung.“⁶³ Tatsächlich war es eine Garantie, so lange, bis aus der Übersiedlung ein wirtschaftlicher Vorteil erwuchs, das heisst eine Begünstigung, für die der Leibeigene die mit der Übersiedlung verbundenen Komplikationen auf sich nahm. Das Neuntel können wir aber gerade in dieser Beziehung als Meilenstein betrachten, denn durch die Anordnung der einheitlichen Eintreibung von allen Bewohnern des Landes⁶⁴ sollte den bisher üblichen Missbräuchen ein Ende bereitet werden.

Laut Auffassung von Antal Pór machte Ludwig in seinem Dekret vom Jahre 1351 so viele Zugeständnisse,⁶⁵ dass „er es nicht für ungerecht empfand als Gegenleistung das Neuntel einzuführen“.⁶⁶ Mit einer solchen Begründung der Einführung des Neuntels können wir uns nicht einverstanden erklären, bezogen sich doch die gebotenen Zugeständnisse nicht auf jene, auf die die Leistung des Neuntels bemessen wurde. Er betrachtet das Neuntel als eine Kriegssteuer, welche die Leibeigenschaft entrichten musste, um dem wehrpflichtigen Adel seine Unkosten zu vergüten. Diese Behauptung können wir damit in Abrede stellen, dass die Kriegssteuer für gewöhnlich dem Staat und nicht dem Gutsherrn gezahlt wurde. Die Kriegssteuer wurde dem Leibeigenen ausser dem Neuntel zusätzlich als *collecta* bemessen.⁶⁷ Über das Nachleben des Gesetzartikels schreibt er, dass er nur ungen aufgenommen wurde und noch lange die Hoffnung auf eine Abänderung des Gesetzes lebte. Ähnlich wie Szalay weist auch er auf den Zusammenhang zwischen der Einführung des Neuntels und der Freizügigkeit hin, und bewertet diese energische Verfügung positiv, weil sie verhinderte, dass die freizügigen leibeigenen auf die Besitzungen solcher Gutsherren übersiedeln, die von der Eintreibung des Neuntels absehen.⁶⁸

József Illés⁶⁹ befasst sich mit dem Neuntel als mit der ersten einheitlich geregelten Form der Dienstleistungen der Leibeigenen. Er ist der Ansicht, dass die Bestimmung des Neuntels eine vorhergehende gesellschaftliche Umgestaltung voraussetzt, das heisst, dass das Entstehen einer einheitlichen Klasse der Leibeigenen eine entsprechende Steuerform ausgelöst hat.⁷⁰ Er behandelt auch die Neuntellast der Städte, die nur eine „gewisse Kategorie“ der Städte zu tragen hatte.⁷¹ Im Laufe einer Prüfung des Nachlebens des Neuntels trägt er mit einer wertvollen Angabe zu unserem untersuchten Thema bei, indem er nach György Fejér darüber schreibt, dass die Eintreibung des Neuntels in den 1370er Jahren abermals obligatorisch vorgeschrieben wurde.⁷²

In gründlicher Kenntnis der damaligen Ergebnisse der Geschichtswissenschaft und nach Verarbeitung eines umfassenden Quellenmaterials nähert sich Ignác Acsády unserem behandelten Thema. Er hält das Neuntel für eine schwere und neue Belastung und ist — vermutlich nach Antal Pór⁷³ — der Meinung, dass die Gutsherren eine spätere Aufhebung erhofften, die Leibeigenen hingegen keinen Einwand erhoben haben. Er nimmt nämlich an, Ludwig habe mit dem Neuntel sonstige Gutsherrenlasten der Leibeigenen abgelöst. Sein Standpunkt ist nicht ganz konsequent, da er das Neuntel für eine neue, von Ludwig eingeführte Last hält, gleichzeitig aber auch darauf hinweist, dass diese Last auch schon zuvor, zumindest in einer ähnlichen Form bestanden hat.⁷⁴ Jene Frage klärt er nicht, ob es sich bloss um die Einführung einer neuen Terminologie handelte. Fünf Jahre später ändert sich sein Standpunkt: „Artikel 6 des Gesetzbuches . . . belastet die Leibeigenen mit einer neuen, bei uns bis dahin völlig unbekannten Gutsherrensteuer“. Dies ist „eine neuere sehr schwere Last.“⁷⁵ Er weist darauf hin, dass das neue Gesetz die Leibeigenen zu einem besonderen rechtlichen und wirtschaftlichen Ganzen

verschmolzen hat.⁷⁶ Hier wollen wir auch das nicht unerwähnt lassen, dass sich Acsády — als erster unter unseren Geschichtsschreibern — eingehend mit den grossen Pestseuchen um die Mitte des 14. Jahrhunderts befasst. Er nennt die Seuchen der Jahre 1348, 1349, sodann die der Jahre 1359, 1371 und 1381–82. Wohl versucht er — im Gegensatz zu unseren späteren Historikern — keinen Zusammenhang zwischen dem Gesetz vom Jahre 1351 und dem schwarzen Tod zu suchen, doch nimmt er mit seinem Lagebericht die spätere Auffassung István Szabó's vorweg. Die Bevölkerung und der Viehbestand nahmen in einem enormen Ausmass ab, der König verbot die Ausfuhr von Getreide. Aufgrund dessen folgert Acsády darauf, dass das Neuntel zu jener Zeit nicht in Geld, sondern in Naturalien zu entrichten war. Jener Teil, der die Aufnahme des Gesetzartikels behandelt, kommt einem kleinen historiographischen Überblick gleich. Er anerkennt das Neuntel nicht als Kriegsteuer, denn wäre sie die gewesen, würde sie — infolge einer Verminderung der Militärlasten — freudiger aufgenommen worden sein. Die kleineren Grundbesitzer hatten keine Leibeigenen, daher konnten sie nur schwerlich zu einem Neuntel gelangen, was ihren Protest ausgelöst hat. Neben einer in Richtung der Entwicklung weisenden gesellschaftlichen Vereinheitlichung wurde das Gesetz später auf wirtschaftlichem Gebiet zu einem retardierenden Faktor.

Die Einführung des Neuntels bringt Henrik Marczali mit der Freizügigkeit und mit staatlichen, militärischen Gesichtspunkten in Verbindung. Das Recht auf Freizügigkeit, die Unterschiedlichkeiten der Dienstleistungen, Verpflichtungen und Geschenke ermöglichten den Leibeigenen ein ständiges Wandern auf die Besitzungen von Gutsherren, die günstigere Bedingungen boten. Demzufolge änderte sich dauernd die Populationskarte des Landes. Eine einheitliche Regelung der Lasten der Leibeigenen erwies sich zwecks Verhinderung dessen für notwendig. In der obligatorischen Eintreibung spielte auch der militärische Gesichtspunkt eine Rolle.⁷⁷

Sándor Márki befasst sich in seiner Arbeit mit dem Bruchteil eines einzigen Satzes mit dem unsererseits behandelten Artikel, anhand dessen Ludwig „eine Arbeiter-Leibeigenenklasse geschaffen hat“.⁷⁸ Der Gebrauch des Terminus „Leibeigenenklasse“ beweist, dass auch Márki die Vereinheitlichung der Leibeigenschaft für einen Zweck des Gesetzes hält.

Bálint Hóman erörtert die Ursachen der Einführung des Neuntels vom Gesichtspunkt der gegensätzlichen Interessen der ansiedelnden Grossgrundbesitzer und des niedrigen Adels. Der König wollte der Strömung der Leibeigenen Einhalt bieten, die sich von den Besitzungen des niedrigen Adels zu den Domänen der Grossgrundbesitzer bewegte. Der niedrige Adel war nämlich um vieles mehr auf die Dienstleistungen der Leibeigenen angewiesen, da er im Falle ihres Verlustes auch unfähig wurde seinen militärischen Verpflichtungen nachzukommen. In dieser Frage ist sein Standpunkt glaubhaft, indem das Neuntel den Interessen des Kleingrundbesitzers, des Militärdienst leistenden Adels und der Staatskasse in gleicher Weise diene. Unbegründet ist hingegen seine Mei-

nung, wonach die Naturalsteuer eine Linderung bedeutete.⁷⁹ Die Behauptung Hóman's wünscht das falsche Bild einer „ungarischen Grossmacht“ im 14. Jahrhundert zu bekräftigen, ohne zur Kenntnis zu nehmen, dass das Neuntel zu jener Zeit die schwerste gutsherrschaftliche Steuerlast der Leibeigenen war. Damit erreichte die bürgerliche Geschichtsschreibung einen Punkt, an dem sie selbst die hervorragenden Ergebnisse ihrer bisherigen Vertreter in Trümmer schlägt, bloss um eine Illusion krampfhaft starr aufrechtzuerhalten und glaubwürdig zu machen. Hier wollen wir darauf verweisen, dass Ignác Acsády schon früher überzeugend nachgewiesen hatte, dass das Neuntel eine sehr schwere Steuerbelastung war, doch lässt dies Hóman ausser acht. Seine Absicht ist allerdings mit der László Szalay's nicht identisch, doch veranlasst ihn die Idealisierung des „grossen“ Königs zur Ziehung gleicher Konsequenzen.

Der Forscher unseres untersuchten Themas ist István Szabó. Sein tiefgreifender Analysierungsanspruch paart sich mit einer Erwägung der zeitgenössischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Seine Tätigkeit spornte die Vertreter der marxistischen Geschichtswissenschaft Ungarns zur Kritik an. Sein erstes bedeutendes Werk, das unser Thema betrifft,⁸⁰ kam „im Schatten“ der Geistesgeschichte zustande. Wahrscheinlich bestimmte dieser Beginn seine Auffassung in bezug auf die nennenswerteren Artikel. Die Neuartigkeit seiner Konzeption müssen wir jedoch noch vor der Erörterung und Bewertung seiner Analyse hervorheben. Im Laufe unserer bisherigen Auslegungen begegneten wir im einzelnen sämtlichen Auffassungen, dem Thema in dieser Weise nahe-zukommen versuchte aber er als erster, wobei er überraschende Zusammenhänge feststellt. Nach seiner Meinung war die Betonung im Wortlaut des Gesetzes auf die Einhebungspflicht des Gutsherren und weniger auf die Zahlungspflicht des Leibeigenen gesetzt, das heisst der Hauptzug des Gesetzes über das Neuntel ist „die Ausschliesslichkeit, die jede Ausnahme auszuschliessen wünscht.“⁸¹ Zur Bekräftigung seiner Behauptung bringt er seine – von unseren marxistischen Historikern einer Kritik unterzogene – Pest-Konzeption hervor. In den Jahren 1347–49 hat der schwarze Tod in ganz Europa enorme Verheerungen angerichtet. Auf englischem, französischem, spanischem, italienischem und deutschem Boden wurde der Arbeiterlohn einheitlich und für jedermann verpflichtend festgesetzt.⁸² In Ungarn dominierte damals noch das System der Leibeigenen-Dienstleistung, daher diente das Neuntel – nach Ansicht Szabó's – hier dem gleichen Zweck wie in den angeführten Staaten: „die Möglichkeit dessen zu vermindern, dass die Gutsherren die Leibeigenen anhand von Begünstigungen und unterschiedlichen Bedingungen einander entziehen.“⁸³ Dies war das Interesse der Kleingutsbesitzer. Die oben erörterte Konzeption von István Szabó gelangte ein Jahrzehnt nach Erscheinen seines Werkes in den Prüfungsbereich der marxistischen Geschichtskritik, und diese Kritiken spielten in der Vertiefung der Ansichten des vorzüglichen Gelehrten eine bedeutende Rolle. Unser Autor aber kehrt ein Vierteljahrhundert nach dem Erscheinen, im Verlauf einer Prüfung der Ursachen der Dorfverödung⁸⁴ wieder zur Frage der Pest zurück. Als ein-

zuges zu jener Zeit bekanntes Mittel eines Schutzes gegen die mörderische Seuche erwähnt er, dass die Leute von ihren Mitmenschen in unverseuchte Gegenden flohen, wobei sie Mengen von leeren Dörfern hinter sich liessen.⁸⁵ Als Abänderung seiner früheren Ansichten kann die zur Vorsicht mahnende Erklärung aufgefasst werden, wonach seine, über die entvölkerten Dörfer gefundenen „sporadischen“ Angaben „keineswegs dazu geeignet sind, über die Rolle der Pest in der Dorfverödung weitergehende Folgerungen zu ziehen.“⁸⁶ Die Pest zählt er „zu den Naturkatastrophen“, da „sie die Menschen genauso schutzlos hinnahmen wie die mörderische Verwüstung der Naturkräfte.“⁸⁷ Von den Ursachen der Dorfverödung gerät die Pest – nach den Wandlungen, die in der wirtschaftlich-politischen Struktur erfolgt sind – an zweite Stelle. Als dritte Ursache bezeichnet István Szabó die Kriegsverwüstungen. Eine Folge der Entvölkerung war das bereits erwähnte, häufig angewandte Vorgehen: zwecks Förderung einer Niederlassung der Leibeigenen griffen die Gutsherren zum Mittel der Lastenverminderung.

Erik Molnár⁸⁸ war der erste, der – unser Thema betreffend – „jenes idealistisch inspirierte, konservative historische Bild, das die adelig-bürgerliche Geschichtsschreibung mit ihren grossen Traditionen, reichen fachlichen Erfahrungen und zugleich ihrer Klassen-Voreingenommenheit, ihrer nationalistischen Innervation in unserer Heimat ausgestaltet und in das allgemeine Bewusstsein ein gebaut hatte“⁸⁹ überholt hat. In seiner ersten zusammenfassenden Arbeit mit marxistischem Aspekt geht er nur kurz auf die Auslegung des Gesetzes über das Neuntel ein. Seiner Ansicht nach begann man im 14. Jahrhundert die Produktensteuer allmählich zu erhöhen, und was „im 12–13. Jahrhundert noch eine ausserordentliche Erscheinung war, verbreitete sich schon in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts“.⁹⁰ Das Gesetz des Neuntels verankert ein bestehendes Gewohnheitsrecht. Die Verankerung erreichten jene Gutsherren, die dieses Gewohnheitsrecht früher eingeführt hatten, sie fürchteten sich nämlich davor, dass sie ihre übermässig belasteten Leibeigenen verlassen werden. Mit der gesetzgebenden Massnahme gelang es allerdings nicht es allgemein einzuführen, doch stufenweise gewann es an Boden. Auch im Jahre 1437 konnte es nicht einheitlich eingeführt werden, da der siebenbürgische Bauernaufstand ihm eine Barsehe schlug.⁹¹

Seit zwei Jahrzehnten befasste sich niemand eingehender mit der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Lage der Leibeigenschaft des 14. Jahrhunderts, mit der Gestaltung ihrer Rechtsverhältnisse, niemand analysierte diese besser in ihren Einzelheiten als György Székely.⁹² In seiner Gesetzauslegung erforscht er mit einer der Arbeitsmethode des Marxismus entsprechenden Gründlichkeit die Ursachen der Anwendung von Zwangsmassnahmen ausserhalb der Wirtschaft, das heisst die Motive der Inartikulierung. Er erblickt die Erklärung dessen im grundlegenden Gegensatz zwischen Gutsherr und Leibeigener, und geht nicht bloss davon aus – wie wir dies bei der Analyse der bürgerlichen geschichtlichen Arbeiten beobachten konnten –, dass das Neuntel „aus einer dem Adel erwiesenen

königlichen Gunst“ bekräftigt wurde,⁹³ sondern dass dies auf Forderung jener Gutsherren erfolgt ist, die das Neuntel auch ehemals eingehoben haben, oder durch die Verallgemeinerung die Abwanderung der Leibeigenen verhindern wollten. Er weist darauf hin, dass zur Eintreibung des Neuntels auch vor 1351 Versuche unternommen wurden, die als frühe Manifestation des Klassenkampfes den Widerstand der Leibeigenen ausgelöst haben. Auch in der Abwanderung erblickt er eine Form des Klassenkampfes.

Aus dieser, den Klassenkampf konsequent vor Augen haltenden Auffassung ausgehend erscheint György Székely die Meinung István Szabó's, wonach „die Pestepidemie vom Jahre 1349 in der Einführung des Neuntelgesetzes eine Rolle gespielt habe“ für unthaltbar.⁹⁴ György Székely gemäss hatte die Pest „nur eine beschleunigende Rolle, da diese Bewegung auch schon früher bestand“⁹⁵ Eine gewisse Rolle eignet er also der Pest an der Freizügigkeit und an der Schaffung des Gesetzes über das Neuntel zu.

Bei Prüfung der Vereinheitlichung der Leibeigenenlasten in ihrer gesellschaftlichen Auswirkung stellt er fest, dass „die werktätigen Einwohner der königlichen Dörfer... rechtlich und — abgesehen von einigen privilegierten königlichen Dörfern — auch mit ihren Lasten völlig mit der Leibeigenschaft verschmolzen“.⁹⁶ Die im Wortlaut des Gesetzes betonte Vereinheitlichungsbestrebung betrachtet er aus einem ganz anderen Aspekt, indem er feststellt, dass dies „nicht einfach Gleichstellung des bis dahin kleineren oder grösseren Produktenanteils ist“, sondern gerade in ihrer Gleichstellungstendenz“ ausdrücklich eine Spitze hat, die gegen die Widerstand leistenden Bauern gerichtet war“.⁹⁷

Als besonderen Vorzug der Bearbeitung Székely's muss seine historiographische Übersicht erwähnt werden, in der er namentlich einer Widerlegung der Ansichten der bürgerlichen Geschichtsschreibung sein Augenmerk zuwendet. Die Menge seiner Gegenargumente und Beweise veranlasste István Szabó — in ersten Linie hinsichtlich der die Lage der Leibeigenschaft betreffenden Artikel⁹⁸ — zu einer neuerlichen Äusserung beziehungsweise zu einer Verteidigung seiner früheren Ansichten.

Um den voneinander abweichenden Standpunkt György Székely's und István Szabó's in der Frage des Neuntels zu verstehen, wollen wir vor Erörterung der Antwortstudie vom Jahre 1954 die Motive beziehungsweise Ursachen der Gegenmeinungsaussäuerung György Székely's in grossen Zügen einer Prüfung unterziehen. Die Ursache bildet zugleich auch den Angriffspunkt, den wir im Obigem bereits erwähnt haben, und der nichts anderes ist wie die im Jahre 1938 erschienene Studie „Hanyatló jobbágy-ság a középkor végén“ (Niedergang der Leibeigenschaft am Ende des Mittelalters).

István Szabó stiess anhand der Erschliessung des Urkundenmaterials vom 14. Jahrhundert auf jene Erscheinung, welche seine, unser Thema betreffende Konzeption und die Richtung seiner weiteren Tätigkeit bestimmt hat. Diese Erscheinung ist die Verödung der ungarischen Dörfer, deren Ursache er in dieser Studie in zwei Faktoren bezeichnet: „in den

Pestepidemien⁹⁹ sowie in der anziehenden und aufsaugenden Wirkung der Städte¹⁰⁰. In Berücksichtigung dieser beiden Faktoren entwickelte er seinen Standpunkt, demnach das Gesetz des Neuntels nur im Zusammenhang mit Artikel 16 unter die Lupe genommen werden kann. Später bezweifelt er die Richtigkeit des Textes (der Lesung) von Artikel 16, „der es verbot, dass die Leibeigenen ohne Zustimmung ihres Herrn gewaltsam weggebracht werden“¹⁰¹. Anhand einer Prüfung der Zusammenhänge dieser beiden Artikel stellt er fest, dass „das Neuntel, als einheitliche Leibeigenen-Dienstleistung nach dem schwarzen Tod, zwecks Einstellung der Leibeigenenmigration eingeführt wurde“¹⁰². Unseres Erachtens können wir diese vereinfachte Feststellung als Motiv der Einführung des Neuntels nicht akzeptieren, handelt es sich doch hier im Endergebnis um nichts anderes, als dass er die beiden oben erwähnten Gesetzartikeln — ungeachtet jedes sonstigen Zusammenhanges — seinem eigenen Gesichtspunkt entsprechend miteinander in Verbindung brachte.

István Szabó ist in seiner Antwortstudie, die er auf die Streitschrift von György Székely verfasst hat, selbst der Meinung, dass er in seine Untersuchungen nach fast zwei Jahrzehnten „neue Gesichtspunkte und neues Quellenmaterial“ einbeziehen kann.¹⁰³ In dieser Studie ändert sich sein Ausgangspunkt einigermaßen. Er betont, dass das Neuntel „durch den Wettbewerb um die Kraft des Leibeigenen zustande gekommen ist“, hingegen schreibt er dies alles der Folge des „grossen Sterbens“ zu; auch ist er nach wie vor der Ansicht, dass der Artikel die Einstellung der Leibeigenen-Wanderung zum Zweck hatte, da er mit Nachdruck die Einhebungspflicht des Gutsherrn bestimmt.

Jene Starrheit, welche die weiter oben besprochene Auslegung von Artikel 6 des Dekrets vom Jahre 1351 kennzeichnet, wurde von Lajos Elekes anhand einer Annäherung von mehreren Aspekten aufgelöst, bedauerlicherweise sind — infolge seines Themas — seine Untersuchungen der wesentlichsten Teile auf ein enges Ausmass beschränkt.¹⁰⁴ Die Schaffung des Neuntel-Gesetzes hält er für eine Art des Schutzes gegenüber der Leibeigenenflucht und der Ketzerei, als einer Form des Klassenkampfes höherer Ordnung. Bezüglich der Auslegung des Artikels bricht er mit der polarisierten Auffassung seiner Vorgänger, indem er die Notwendigkeit dessen betont, dass jener von mehreren Seiten, verschiedenartig ausgelegt werden kann und muss. Nach seiner Meinung ist in Artikel 6 „die auf eine Festigung und Kräftigung der gegebenen Ordnung der feudalen Unterdrückung und Ausbeutung gerichtete Tendenz unzweifelbar“¹⁰⁵. Er schützte die Interessen der kleineren Besitzer gegenüber den Grossgrundbesitzern, die „im Interesse einer Erfolges der An- und Übersiedlung von Leibeigenen“ selbst zur Gewährung von Steuerbegünstigungen geneigt waren, zugleich aber „bezweckte er die Erschwerung der Lasten der Leibeigenen, die Steigerung der unterdrückenden Macht der Grundbesitzer-Klasse als ganze“¹⁰⁶.

Zusammenfassend können wir feststellen, dass die gesetzliche Regelung des Neuntels, dessen Erklärung gerade im Jahre 1351 neben den bestehenden wirtschaftlich-gesellschaftlichen Änderungen als unmittelbar

auslösende Ursache auch durch die aussenpolitische Lage beschleunigt wurde. In den neapolitanischen Feldzügen vergossen neben dem Hochadel auch Seine Standesgenossen mit kleineren Besitzungen ihr Blut, wenn auch nicht — wie dies die bürgerliche Geschichtsschreibung annimmt — aus Rache wegen des unschuldigen Todes des Bruders ihres beliebten Königs, sondern in der Hoffnung einer Kriegsbeute und eines Amtes im Falle einer Gewinnung des neapolitanischen Throns. Der Wahn, der an Seite des für irrealer Ziele kämpfenden Königs Ludwig die ungarische herrschende Klasse, deren kampfbereite, unternehmungslustige Schichte in seine Gewalt bekam, zerfloss nach dem zweiten neapolitanischen Misserfolg, und sowohl der König wie auch seine Kampfgenossen mussten schmerzliche Lehren davontragen.

Auf wirtschaftlichem Gebiet folgte den Kriegen ein riesiger Rückschlag. Die angehäuften Bestände des königlichen Fiskus sowie des Hoch- und niedrigen Adels verringerten sich infolge der Kriegsausgaben in einem sehr bedeutenden Mass. Ludwig verliess seiner Absicht den verminderten Bestand des Fiskus wieder aufzufüllen damit Ausdruck, dass er den von seinem Vater eingeführten Kameralnutzen neuerlich regelte. Und während er die Einhebung der Lebensmittelsteuern über die Geldsteuern hinausgehend verboten hat,¹⁰⁷ kam ihm sicherlich der Gedanke jene in irgendeiner Weise zu ersetzen. Als anspornender Faktor mag der sich infolge der Pestseuchen dauernd verminderte Getreidevorrat eine Rolle gespielt haben, und nicht zuletzt diente als Beispiel das von Stephan I. eingeführte Zehntel, auf dessen Vorbild die Gutsherren jener Zeit ein neueres Zehntel einzuheben begannen.

Ob die der Konzeption des Königs folgende Kodifikation beim königlichen Rat auf Zustimmung traf, oder ob die Eingebung des königlichen Rates beim König auf offene Ohren stiess, die Unterdrückungsabsicht kommt eindeutig zum Ausdruck.

Unserer Ansicht nach kann der Umstand, dass die Eintreibung einheitlich obligatorisch vorgeschrieben wurde, vom ersten Teil des Gesetzartikels nicht stracks getrennt werden, wofür wir in der Geschichtsliteratur Beispiele finden können.¹⁰⁸ Eben darum, weil in dem Fall jener Teil, in dem der König und die Königin auf ihren eigenen Besitzungen die Einhebung des Neuntels anordnen, ausserhalb des Bereichs unserer Untersuchungen fallen würde. Der König ist gezwungen seine Rechte und Pflichten auf diesem Gebiet auf die gleiche Ebene herabzusetzen, weil widrigenfalls die Leibeigenen auf seine Besitzungen strömen würden. Die Interessengleichheit der regierenden Klasse dieser Art beweist die Leibeigenengegnerische Spitze der Einführung des Neuntels, ungeachtet der — in diesem Kapitel erörterten — sonstigen Faktoren.

Artikel, welche die Rechtslage der Leibeigenen betreffen

Den Vorgang der ersten Herausgeber des Corpus Iuris Hungarici,¹⁰⁹ der das Gesetz vom Jahre 1351 in Artikeln gliedert und die einzelnen Artikel mit Kapiteltiteln versieht, dürfen wir nicht unbeachtet lassen,

doch dürfen wir uns keineswegs bloss auf ihre Textwiedergabe beschränken, namentlich nicht bei Prüfung der die Freizügigkeit regelnden Zeilen. Es wäre zu befürchten, dass uns die später angesetzten Kapiteltitel auf Irrwege führen, wenn auch nicht in dem Ausmass, wie hierauf István Szabó hinweist.

Bei Erörterung dieses Teilproblems wenden wir unser Augenmerk dem 16. und 18. Gesetzartikeln zu, wobei wir untersuchen, wie sich die Patrimonialgerichtsbarkeit und die Freizügigkeit im feudalen Sinn gestaltet haben, das heisst, ob der Leibeigene nach Entrichtung seiner Schuld die Bewilligung zur Abwanderung erhielt, und was für ihn — nach Verlassen seines Gutsherren — die Übersiedlung zu einem anderen Gutsherren oder in eine Stadt bedeutet hat.

Unsere historiographische Untersuchung wollen wir mit dem Werk Katona's beginnen, der ausser der Textwiedergabe ihr keinerlei Bemerkung hinzufügt.¹¹⁰

Bis zur weiteren Prüfung des Gesetzartikels verstrich eine geraume Zeit. Im späteren verknüpften die hierauf folgenden Arbeiten die Artikel 16 und 18 bei der Prüfung im allgemeinen miteinander. Dies war bei Antal Cziráky¹¹¹ genauso der Fall wie bei László Szalay.

Die Auslegung Cziráky's müssen wir deshalb erwähnen, weil er der erste war, der sich in eine eingehendere Erörterung der beiden Artikel eingelassen hat. Im 16. Artikel handelt es sich — nach seiner Meinung — um ein Verbot des Leibeigenenenzugs.

László Szalay hingegen entnimmt dem Text einen um vieles tieferen Gehalt, das heisst „die Artikel 16 und 18 sichern dem Leibeigenen das Recht der Freizügigkeit zu“.¹¹² Aus Artikel 16 darf eine so weitgehende Folgerung nicht gezogen werden, enthält er doch in Wirklichkeit nur das Verbot einer gewaltsamen Entziehung der Leibeigenen, er kann aber nicht als rechtliche Garantie der Freizügigkeit aufgefasst werden.

Auch die Erörterung Gusztáv Wenzel's¹¹³ verdient erwähnt zu werden, in der er das Bestreben der Gutsherren bespricht, im 14. und 15. Jahrhundert die Leibeigenen zurückzuhalten. Er wandte die Aufmerksamkeit darauf, dass „zwecks Sicherung der Arbeiterhände die Gutsherren danach strebten, dass auf ihren Besitzungen Leibeigene in entsprechender Zahl leben, was jedoch auch zu einer gewaltsamen Festhaltung der Leibeigenen führte“.¹¹⁴

Mit dem Problem der Freizügigkeit selbst befassen sich — wie wir bei Erörterung des Artikels 18 sehen werden — noch zahlreiche Arbeiten, dem Artikel 16 wenden aber nur sehr wenige ein Augenmerk zu. Zu diesen Wenigen gehören Henrik Marczali und Péter Váczy.¹¹⁵

Laut Auffassung Marczali's befasst sich der Gesetzartikel mit dem Verbot der Verschleppung.¹¹⁶

Die Deutung von Péter Váczy weist hingegen über den tatsächlichen Sinn hinaus: „Dieses Recht kam in der Praxis so zur Geltung, dass der Leibeigene seinen Gutsherrn verlassen durfte, wenn er seine Schuld bezahlt und zur Abwanderung die Erlaubnis erhalten hat“.¹¹⁷

Mit dem Auslegungsproblem von Artikel 16 befasste sich tiefergehend als die im Jahre 1940 erschienene Arbeit István Szabó's die frühere Fachliteratur nicht. Seiner Auffassung gemäss ist das Recht der Freizügigkeit des Leibeigenen eine Garantie dafür, dass sich die im „Lebensniveau“ der Leibeigenschaft, zwischen deren verschiedenen Schichten bestehenden Unterschiedlichkeiten ausgleichen. Er zieht die Folgerung aus den Verboten des Gesetzes selbst, dass die Leibeigenen „ihre aus Strohlehm geschlagenen oder in den Erdboden gegrabenen armseligen Hütten“ im Falle ihrer Abwanderung mit sich zu nehmen pflegten. Wir sind der Meinung, dass die Unterschiedlichkeiten des Lebensniveaus durch die Übersiedlung allein nicht ausgeglichen werden. István Szabó weist auf die gemeinsamen Züge hin, die in unseren, die Freizügigkeit des Leibeigenen regelnden Gesetzen anzutreffen sind: „dass der abwandern wollende Leibeigene von seinem Herrn, falls er mit seinen Verpflichtungen nicht im Rückstand ist, nicht zurückgehalten werden darf“.¹¹⁸ Er verfolgt unsere diesbezüglichen Gesetze vom 13. bis zum 15. Jahrhundert und stellt fest, dass wir einer immer strengeren Vergeltung der Freiheitsverletzung und zahlreichen Beispielen der Rechtsverletzungen“ begegnen.¹¹⁹ Und neben diesen Gesetzartikeln erscheinen auch „die Anordnungen, die eine gewaltsame Verletzung der Leibeigenen verboten“.¹²⁰

Bevor wir zur Besprechung der unser Thema betreffenden Hinweise der ersten, mit marxistischem Anspruch verfassten zusammenfassenden Arbeit übergehen würden, müssen wir an die Auffassung István Szabó's in bezug auf die Ursachen der Leibeigenenwanderung erinnern, worauf wir schon bei Erörterung des Neuntelgesetzes hingewiesen haben. Den Kulminationspunkt der Leibeigenenwanderung bezeichnet er – von den ziffernmässigen Angaben der Deserta-Grundstücken ausgehend – mit den 1350er Jahren, dessen Ursache aber erblickt er in der Pestseuche von 1347/49 und in der Anziehungskraft der Städte. Die Ursachen der umfangreichen Abwanderungsbewegung glaubt er teils in einer natürlichen, teils in einer gesellschaftlichen Erscheinung zu finden.¹²¹

Die Behauptungen Erik Molnár's widersprechen der weiter oben besprochenen Konzeption durchaus. Die Verödung ist die Folge einer gesellschaftlichen Differenzierung, und diese wird durch andere Faktoren – Pest, Verheerungen – noch schwieriger gestaltet, nichtsdestoweniger leitet er den Prozess selbst nicht von diesen, sondern aus der Bewegung der feudalen Wirtschaft und den Umständen der Unterdrückung – Ausbeutung – ab, zu dem an seinem Lebensabend auch István Szabó zu neigen scheint.

Die Wanderbewegung begann nach Erik Molnár in den siebziger Jahren und nahm parallel zur bauernplündernden Kriegsführung der Grossgrundbesitzer zu. Unsere Gesetze standen im Dienste der feudalen Anarchie, „sie sicherten auch nicht die Freizügigkeit der Leibeigenen, sondern vielmehr das Umsiedlungsrecht der Gutsherren“.¹²² Wir sind der Meinung, dass dies nur von dem, den Gegenstand unserer Analyse bildenden Artikel 16 behauptet werden kann, und nicht von allen, sich

mit der Umsiedlung befassenden — bis zur zweiten Leibeigenschaft entstandenen — Gesetzen.

Die aus der Prägnanz Erik Molnár's folgende übermässige Polarisierung korrigierte György Székely, indem er die Probleme der Freizügigkeit vom ersten, in diesem Sachbereich erschienen Gesetz bis zu unserem besprochenen Artikel differenziert und eingehend untersuchte. Als Ausgangspunkt erforscht er die Bedingungen, den wirtschaftlichen Hintergrund der Er kämpfung des Rechts der Freizügigkeit. Mit einer umsichtigen Gründlichkeit skizziert er die Entwicklung der Produktivkräfte im 13. Jahrhundert, die mit der Erscheinung der Warenproduktion einherging. Der Bedarf an Arbeitskräften nahm zu, was eine umfassende Entfaltung der Siedlungsbewegung nach sich zog, und auch die Entwicklung der Marktflecken beschleunigte sich. Dies alles ermöglichte ein Ausscheiden der Bauernschaft aus dem Bodenbesitz, wo sie bis dahin unter schwereren Lasten zu arbeiten hatte. Die sich daraus für den Leibeigenen ergebenden Möglichkeiten beurteilt er um vieles positiver als Erik Molnár, demnach es sich mehr um eine Verschleppung als um ein tatsächliches Funktionieren des Rechts der Freizügigkeit handelte. Dies bezweifelt freilich auch György Székely nicht, er rechnet jedoch bloss mit einer „dominanten“ Rolle der Verschleppung neben der Freizügigkeit.¹²³ In der Einführung der Freizügigkeit gilt als entscheidender Faktor, dass sie an den persönlichen Bindungen des Leibeigenen lockerte.

György Székely wendet neben der wirtschaftlichgesellschaftlichen Auswirkung der Umzugsbewegung auch dem seitens István Szabó aufgeworfenen Problem ein Augenmerk zu: Was ist die Ursache der Häufigkeit der Umzüge beziehungsweise Verschleppungen im Laufe des 14. Jahrhunderts? Der Konzeption Szabó's stimmt er nicht zu und betont, dass die Pestepidemie in der Verschleppung der Leibeigenen keine besondere Rolle hatte.¹²⁴ In seinem historiographischen Überblick weist er auf das Versäumnis der bürgerlichen Geschichtsschreibung hin, „indem sie den bedeutenderen Aufschwung der Umsiedlungen von der Pestseuche ableiten wollte“.¹²⁵ Seiner Meinung nach hat auch der Umstand keinerlei Bedeutung, „dass sich auch Artikel 16 des Gesetzes vom Jahre 1351 mit der Verschleppung von Leibeigenen befasst hat“.¹²⁶

Die Frage aber kann nicht umgangen werden: Warum war es gerade im Jahre 1351 nötig diesen Artikel gesetzlich zu verankern? In der Beantwortung darf die zustandsverankernde Rolle des Gesetzes auf keinem Fall fehlen, was darauf hinweist, dass das durch das Gesetz geregelte Problem damals jene Ebene erreicht hat, wo es sich nicht mehr mit einem Funktionieren als Gewohnheitsrecht begnügen konnte, sondern eine wirksamere, durch das Gesetz als Rechtsgrundsatz festgelegte Regelung erforderte. Wir wollen hier auch an die Unzufriedenheit des ärmeren Adels wegen der neapolitanischen Feldzüge und deren Folgen erinnern. Die Verschleppung der Leibeigenen nahm bis zum Jahre 1351 einen so riesigen Umfang an, dass gerade der niedrige Adel, den dies vermutlich am ärgsten traf, und sich in den neapolitanischen Feldzügen eine Rechts Grundlage zur „Erzwingung“ des Dekrets vom Jahre 1351 erworben hat, es für rich-

tig und nur zu sehr aktuell erachtet hat diese gesellschaftliche Erscheinung, die seine wirtschaftliche Lage sehr schwer betraf, gesetzlich niederzulegen. Natürlich spielten in der Gesetzgebung auch unzählige Nebenfaktoren eine Rolle, doch die nunmehr unerträgliche Zunahme der Leibeigenenwanderung fungierte als anspornende Kraft.

Die Auslegung von Artikel 18 scheint sich komplizierter zu gestalten als die des Artikels 16.

István Katona identifiziert sich völlig mit der Auffassung Ádám Ferenc Kollár's, der der Ansicht ist, dass der Gesetzartikel in der Freizügigkeit des Leibeigenen eine grosse Bedeutung hat.¹²⁷

Jene Auslegung, welche die zweierlei Deutungen des Artikels 18 schon im Keim in sich schliesst, dass nämlich einerseits der Leibeigene unter dem Prätext alter Verschulden an der Abwanderung nicht behindert werden darf, andererseits der schuldige Leibeigene vor das Gericht seines eigenen Gutsherrn gestellt werden muss, finden wir erstmals bei Antal Cziráky.¹²⁸ Den Artikel 16 bringt er — wie bereits erwähnt — mit dem Artikel 18 in Zusammenhang.

Auch György Pray behandelt die beiden Artikel gemeinsam. Er erblickt in unserem erörterten Gesetzartikel in erster Linie die schriftlich niedergelegte Form des Rechtsgrundsatzes der Freizügigkeit.¹²⁹

Nach Johann Christian Engel handelt es sich hier um die erste rechtliche Definition des Patrimonialgerichts.¹³⁰

Ignaz Aurel Fessler expliziert seine Meinung in ähnlicher Weise: „Weder Edelleute noch Jobagyen, wem diese auch angehören mochten, durften begangener Verbrechen wegen ausser dem Gerichtshofe ihres Wohnsitzes oder ihrer Herren verhaftet, gerichtet, und sey es, an ihrem Vermögen oder an ihrer Person, bestraft werden.“¹³¹

Benedek Virág verweist auf den Titel des Artikels, den die Verfasser des *Corpus Iuris Hungarici* dem Artikel 18 gaben. „*Coloni pro pristinis excessibus non possint arestari, si migrare velint*“, aber in der Fussnote bringt er eine bemerkenswerte Anmerkung zum Ausdruck: „Die Umsiedlung wird im Artikel nicht erwähnt; sondern dass die Leibeigenen, jene des Königs, der Prälaten, der Barone, der Edelleute 'pro pristinis factis non possint impediri, prohiberi, et arestari in rebus et personis; sed si usw.'“ Wenn du aus dem das Recht der Freizügigkeit nicht nachweisen kannst, dann von dem übrigen gewiss nicht.“¹³² Benedek Virág verneint also die umzugsregelnde Beschaffenheit des Gesetzartikels, seine Stellungnahme in dieser Frage ist jedoch bloss eine Widerlegung und keine Meinungsäusserung.

Imre Kelemen lässt in seiner Studie über das ungarische Privatrecht das später angefertigte *Rubrum* ausser acht und verweist darauf, dass „die Leibeigenen wegen alter Verbrechen nicht verhaftet werden, sondern vor ihren Herren abgeurteilt werden sollen.“¹³³

Károly Pfahler sagt, dass die gutsherrliche Jurisdiktion zuerst in diesem Gesetz festgelegt wurde.¹³⁴

Auch Ignác Frank betrachtet diesen Artikel als Quelle der gutsherrlichen Gerichtsbehörde.¹³⁵

László Szalay sieht sowohl im 16. wie auch im 18. Artikel die Gewährleistung der Freizügigkeit der Leibeigenen. Dass die schon viel früher bestandenen Patrimonialgerichte aus diesem Anlass eingeführt worden wären, verneint er.¹³⁶

Auch Mihály Horváth eignet dem Gesetzartikel die Bekräftigung des Rechts der Freizügigkeit der Leibeigenen zu.¹³⁷

György Bartal war der erste Historiker, der es — über die erwähnte Anmerkung von Benedek Virág hinausweisend — wahrgenommen hat, dass zwischen dem Titel und dem Wortlaut des Artikels 18 ein Widerspruch besteht. Er verweist darauf, dass der Artikel dem Rubrum gemäss das Verbot einer Verhinderung der Umsiedlung des Leibeigenen wegen alter Verbrechen ausspricht, während der Wortlaut etwas anderes enthält, und zwar, dass der Leibeigene, der ein fremdes Gebiet passiert, wegen seiner früheren Verbrechen nicht angehalten werden darf, sondern vor den Richterstuhl seines Herren gestellt werden muss. Er erkannte also den Widerspruch, auf dessen Lösung liess er sich jedoch nicht ein. Laut seiner Interpretation darf der Leibeigene ohne gesetzliches Urteil seines Herren weder in seiner Person, noch in seinen Gütern beeinträchtigt werden.¹³⁸

Benjámín Nagy gemäss darf dem Leibeigenen im Falle eines grösseren Vergehens von seinem Herrn die Bewilligung zum Umzug nicht verweigert werden, sondern er muss vorerst vor das Gericht gestellt werden.¹³⁹

Imre Hajnik's summarische Meinung lautet folgendermassen: Es war hinfort verboten den Leibeigenen wegen einer Forderung in seiner Person oder seinen Gütern festzunehmen.¹⁴⁰

Eine gemeinsame Regelung der Gerichtsbehörde des Gutsherrn und der Freizügigkeit der Leibeigenen misst Ákos Timon¹⁴¹ diesem Artikel zu. Antal Pór ist ähnlicher Meinung.¹⁴² Es ist „der Gutherzigkeit des Königs diese Verordnung zu verdanken, dass über dem Leibeigenen niemand anderer, nur sein Gutsherr ein Urteil sprechen darf.“¹⁴³ Ignác Acsády schreibt dem Gesetz die Erklärung des Rechtsgrundsatzes der Freizügigkeit zu. Er begründet die Einführung des Gesetzes mit dem infolge des schwarzen Todes eingetretenen Mangel an Arbeitskräften.¹⁴⁴ Acsády's Gedankengang nahm István Jánosy wortgetreu über.¹⁴⁵ Nach István Knoll darf im Zeitalter der Anjou's „der Leibeigene auch wegen alter Vergehen nicht zurückgehalten werden, wenn er übersiedeln will.“¹⁴⁶ Die wenige Jahre später erschienenen rechtsgeschichtlichen Arbeiten stellen diesen Artikel eindeutig als Regelung der Patrimonialgerichte dar.¹⁴⁷ Edith Schneller, Verfasserin der die gesellschaftliche Lage der Leibeigenen prüfenden Arbeit, misst dem Artikel 18 eine Ausweitung der Freizügigkeit zu.¹⁴⁸ Bálint Hóman schreibt in ähnlicher Weise.¹⁴⁹

Als erster griff István Szabó mit jenem Anspruch zu dem unsererseits besprochenen Gesetzartikel, in Erschliessung historiographischer Vergangenheit ihn in realer Weise auszulegen. Das war die Absicht, der jedoch eine zufriedenstellende Lösung nicht folgte.¹⁵⁰ Anhand eines Vergleichs eines Originaltextes des Gesetzes und seiner ersten zwei Ausgaben gelangte er zur Feststellung, dass deren Wortlaut im wesentlichen übereinstimmen, demnach der lateinische Text die einzige Erklärung bietet.

Nach der Auslegung von István Szabó lautet der Text ins Deutsche übersetzt wie folgt: „Ferner dürfen die Leibeigenen der Landbewohner in den Städten und freien Ortschaften des Königs und der Königin, auf den Appertinenzien und Besitzungen der Kirchenfürsten, Barone und Adeligen wegen alter Vergehen weder in ihrer Person, noch in ihrer Habe angehalten, mit Beschlag belegt oder verhaftet werden, sondern wenn jene offensichtlich Wunden, Verletzungen, Totschlag, Brandstiftung oder sonstige Greuel verübt haben, soll ihrerseits Urteil und Gerechtigkeit gesprochen werden, und das entsprechende Urteil und die Gerechtigkeit suche jeder Kläger vor deren Herren.“¹⁵¹ Dementsprechend wollte der Artikel nach seiner Auslegung bloss „die Gerichtsinstanz in der Person des Gutsherrn des schuldigen Leibeigenen bekräftigen“,¹⁵² mit der er die Leibeigenen der „Regnicola“ auf den Gütern des Königs, der Königin, der Kirchenfürsten und anderer Adeligen, „im allgemeinen also der freien Gespane, die eine totale Strafgewalt ausüben, vor den sie bedrohenden Verhaftungen schützt“,¹⁵³ Mit dieser Behauptung setzte István Szabó voraus, dass auch innerhalb der herrschenden Klasse Schichten-gegensätze bestehen, deshalb betrachtet er in diesem Gesetz den Schutz der Adeligen „den eigenmächtigen Übergriffen der Stärkeren gegenüber“¹⁵⁴ für bewusst. Im Jahre 1351 gestaltete die zunehmende Stärke der Schichte des niedrigen Adels auf gesellschaftlichem Gebiet die Inartikulation dieses Gesetzes für notwendig.

Das eine Lager der Geschichtsschreiber nahm in bezug auf die Bekräftigung der Gerichtsinstanz die Auffassung von István Szabó vorweg. Mit ihrem Standpunkt bilden sie die Minorität gegenüber jenen bedeutenden bürgerlichen Historikern, laut derer im Artikel von der Freizügigkeit des Leibeigenen die Rede ist.

Die Ursache der zweierlei Interpretationen formulierte dem Wesen nach schon Benedek Virág: Der Artikel handelt vom Umzug, der Wortlaut des Artikels von der Gerichtsinstanz.

Die marxistische Auslegung lieferten Erik Molnár und György Székely. Hinsichtlich unseres Gegenstandes verspicht die Auffassung György Székely's, die Prüfung seiner Quellenmaterial-Anwendung den Schlüssel zu seinen mit István Szabó gegensätzlichen Feststellungen, zur Erklärung des Artikels 18.

Nach der Meinung von Erik Molnár war die Umsiedlung „eine Frage der Macht und nicht des Rechts“. Seine Auffassung will er mit dem Artikel 18 rechtfertigen, in dem sich die Gutsherren „den abwandern wollenen Leibeigenen gegenüber auf deren nicht wiedergutmachten Verbrechen beriefen“. Die Häufigkeit derartiger Fälle wirkte als zwingende Kraft auf die Inartikulation. Den im Artikel 18 enthaltenen Rechtsgrundsatz vermochten die Leibeigenen in einer einzigen Art und Weise zu realisieren: „sie entwichen – wenn es ihnen gelang“.¹⁵⁵

Nach György Székely wollte der Artikel 18 „einerseits den unbegründet, zwecks Verhinderung der Abwanderung als Vorwand aufgeworfenen Beschuldigungen vorbeugen“, andererseits „regelt er die gutsherrliche Behörde, das sog. Patrimonialgericht“.¹⁵⁶ Seine Auffassung über die Aus-

legung des Gesetzartikels ergänzte sich nach Ablauf von zwei Jahrzehnten einigermaßen. Demnach ist Artikel 18 die erste schriftlich niedergelegte Regelung der Patrimonialgerichtsbarkeit, indem er „die Gutsbesitzer zur Urteilsfällung berechnigte“, beziehungsweise aussprach, dass „auch andere Kläger von ihnen ein Urteil verlangen müssen“, betont jedoch nach wie vor, dass das Gesetz dabei eine Zurückhaltung des abzuwandern wünschenden Leibeigenen unter dem Rechtstitel „verjährter“ Vergehen untersagt.¹⁵⁷ Demgegenüber behauptet István Szabó, dass „das Gesetz die 'alten Taten' von einem Verfahren überhaupt nicht befreien wollte“.¹⁵⁸

Von unseren Historikern war es György Székely, der es unternahm zu beweisen, dass unser besprochener Artikel auch die Freizügigkeit berührt. Seine Beweise schöpft er aus drei Quellen.

Unter den als bedeutend anzusprechenden zeitgenössischen Historikern macht sich György Székely den zitierten Standpunkt Erik Molnár's zu eigen, sowie auch den von Loránd Szilágyi, der wie folgt lautet: das Gesetz wurde geschaffen um jenen Missbrauch Einhalt zu bieten, dass die Gutsherren den anderwärts ziehen wollenden Leibeigenen unter verschiedenen Vorwänden zurückhalten.

Székely ist der Meinung, dass es unbegründet sei „jenen Umstand ausser acht zu lassen, dass dieser Gesetzartikel im 16. Jahrhundert mit einem Titel versehen wurde, wonach die Leibeigenen wegen eines früheren Vergehens nicht angehalten werden dürfen, wenn sie abwandern wollen“. Ausser dem im Corpus Iuris Hungarici mitgeteilten Wortlaut bezieht er keinen anderen in seine Untersuchungen ein, obgleich er den Sinn des Gesetzes erforschen wollte und nicht die später gegebenen Titel der Artikel. Unserer Ansicht nach wurde die Auslegung im 16. Jahrhundert weitgehend vom Bauernkrieg des Jahres 1514 und dessen sehr stark fühlbaren Folgen bestimmt, gerade hinsichtlich der Freizügigkeit. Auch die Bewusstseinswelt der Historiker jener Zeit, der ersten Herausgeber des Gesetzes waren von dem allen nicht frei.

Die Widerspiegelung der Hauptzüge und beginnenden Verbreitung der ständischen Organisation im Gesetz vom Jahre 1351

Die Regelung des Besitzrechts

Unseres Erachtens kann die schriftliche Festlegung einer Verbreitung der ständischen Organisation im Landesausmass in einigen Artikeln des Gesetzes vom Jahre 1351 angetroffen werden. Diese Artikel berühren die wirtschaftliche Lage des Adels genauso wie die rechtliche.

Als erstes wollen wir uns mit dem Gesetz der Avitizität befassen. Als König Ludwig jeden einzelnen Artikel der Goldenen Bulle vom Jahre 1222 bekräftigte und diese mit fünfundzwanzig neuen Verfügungen ergänzte, änderte er den Text nur eines einzigen Artikels, und dies ist Artikel 4 der Goldenen Bulle, der gemäss des Gesetzes vom Jahre 1351 wie folgt lautet: „Die ohne Hinterlassung von Erben absterbenden Adeligen haben das Recht und die Freiheit ihre Besitzungen noch bei Lebzeiten und für dem Falle ihres Todes der Kirche oder anderen, denen sie es

wollen zu übergeben oder vermachen, verkaufen oder veräussern“.¹⁵⁹ Die geänderte Form des Gesetzes aus der Zeit Ludwigs besagt „gerade im Gegenteil“, dass „sie überhaupt kein Recht haben sollen solches zu tun, sondern ihre Güter mögen dem Recht entsprechend und gesetzmässig, rein und einfach ohne jedweden Widerspruch ihren nächsten Verwandten, Geschlechtern zufallen“.¹⁶⁰

István Katona weist in Berücksichtigung der seinerseits bestimmten Motive des Gesetzes vom Jahre 1351 auf die Ursache einer Änderung des Artikels 4 der Goldenen Bulle hin: „*Ne vero hereditate sua per inconsultam quorundam cognatorum liberalitatem fraudarentur; petierunt simul abrogationem huius articuli IV.*“ In dem im Dekret Ludwigs bestimmten Erbschaftsgesetz hält er das für das Vollkommenste, dass „*auitica bona ne quidem ecclesiis dari vel legari posse definiuerit*“. Er wagt die Annahme – unter Hinweis auf die in diesem Band veröffentlichten Urkunden –, dass „*Consensum quidem regium, dum aliqui bona quaequam ecclesiis donarunt, etiam ante hanc legem peti darique solitum fuisse...*“, mit welcher Behauptung er der Auffassung Werbőczy's widerspricht, laut welcher: „*Ante Ludouici principis tempora quilibet baro, magnas nobilisque et possessionatus homo super iuribus suis possessionariis, si etiam heredibus defecisset prout voluit, sine omni consensu regio, liberam disponendi habuit facultatem*“.¹⁶¹

Laut György Pray haben die Adeligen seit der Goldenen Bulle Andreas' II. ohne den König um Rat zu bitten, ihre geerbten Güter der Kirche oder anderen überlassen. Im Jahre 1351 aber hat der König aufgrund „des Prinzips der natürlichen Billigkeit“ diese Freiheit abgeschafft, damit hinkünftig bei der testamentarischen Aufteilung immer die Geschwister berücksichtigt werden.¹⁶²

Von den in deutscher Sprache erschienenen Arbeiten verdienen besondere Beachtung die Ausführungen aus der Feder von Ignaz Aurel Fessler. Die Motive der Herausgabe des Gesetzes vom Jahre 1351 prüfend beschreibt er seine besitzrechtliche Theorie zu Ludwigs Zeiten. Nach seiner Ansicht geht aus den alten Gesetzen und Urkunden hervor, dass die ungarischen – seiner Terminologie gemäss – Prälaten, Barone und Herren weder zu Lebenszeiten, noch für dem Falle ihres Todes eigenmächtig, ohne königlicher Bewilligung über ihre Güter verfügen durften. Aus dem allen ist offensichtlich, dass die Könige Ungarns die von ihnen oder ihren Vorgängern verliehenen Güter stets als ihre eigene Domäne betrachteten, das heisst, sie sicherten den belohnten Adeligen bloss ein Gut und die Nutzniessung, eine freie Verfügung hingegen nicht. Demzufolge kam es häufig vor, dass die Könige, selbst wenn sie hierzu der Landesbedarf nicht gezwungen hat, ganze Domänen des Adels, ungeachtet der Gültigkeit früherer Donationen und des rechtmässigen Besitzes, eigenmächtigerweise einfach zu ihrem Bedarf verwendeten, und die weggenommenen Güter unter dem Titel des königlichen Rechts – und nicht aufgrund der Pflicht und des Rechts – mit anderen Besitzverleihungen ersetzten. Ausser diesem Recht des Königs erwähnt er das Gesetz der Avitizität nur mit einigen Worten, unter Veröffentlichung des Wortlautes des Gesetzes.¹⁶³

Laut Benedek Virág verhinderte das Gesetz der Avitizität das freie letztwillige Verfügungsrecht des Adels, dieser Artikel wurde also „gegen diese Freiheit“¹⁶⁴ geschaffen.

Die Bewusstseinswelt und der politische Geist seiner Zeit bewegten den Verfasser des im Reformzeitalter erschienenen Werkes, Mihály Horváth, zur Ausgestaltung von Ansichten, die von den bisherigen grundlegend abweichen. Bei Erforschung der Wurzeln der entstandenen Probleme in der Vergangenheit unterzieht er unseren erörterten Gesetzartikel – gleichsam als Hervorrufener des Übels – einer strengen Kritik. Er stellt fest, dass „Ludwig in diesem Gesetz das Leibeigenenprinzip nicht in seiner ganzen Strenge angewandt hat, daher das Ziel, das er sich gesetzt hat, eine Verhinderung der Verarmung der adeligen Familien und der sich daraus auf das Kriegswesen ergebenden Schäden, nicht erreicht hat.“ Nach Mihály Horváth wäre nämlich „hierzu noch die Unteilbarkeit der Güter und die Erbfolge des Erstgeborenen nötig gewesen“. Die Avitizität war demnach ohne Erklärung des Vorrechts des Erstgeborenen ein unzulänglicher Schutz gegen den Schwund des Besitzes. Auch dies ist – gegenüber der vollständigeren westlichen Form des Feudalismus – ein Zeichen des rascheren, nicht völlig ausgebauten Charakters des Feudalismus in Ungarn, gewissermaßen dessen Verkümmertheit. Die im Zeitgeist entstandene Endkonklusion hat einen traurigen Ausklang: „Die Avitizität trug im Falle eines Ablebens ohne Hinterlassung von Nachkommen lediglich dem König einen Nutzen, den Adel beschränkte sie nutzlos in seiner Freiheit, das Gewebe und den Handel fesselte sie bis in unsere Zeit“.¹⁶⁵

László Szalay greift mit der gewandten Hand des wohlinformierten Rechtsgelehrten zum Thema, indem er die Motive der Modifizierung des Gesetzartikels 4 vom Jahre 1222 zu erforschen sucht. Dies will er nicht nur durch einen Vergleich des Textes vom Jahre 1222 mit jenem vom Jahre 1351 erreichen, er untersucht vielmehr die Änderungen der gesetzlichen Erbfolge in ihrer historischen Entwicklung. In seinen Prüfungsbereich werden vier Gesetzartikel einbezogen: der von Andreas II. erlassenen Gesetzartikel 4 vom Jahre 1222, der Gesetzartikel 6 vom Jahre 1267 aus der Regierungszeit von Béla IV., der zur Zeit Andreas III. kodifizierte Gesetzartikel 26 vom Jahre 1291 und natürlich das Avitizitätsgesetz vom Jahre 1351.¹⁶⁶ Die geschichtshistorische Zentriertheit seiner Analyse wurde von jenen Historikern inspiriert, laut denen Béla IV. in Punkt 6 seines Gesetzes vom Jahre 1267 den Punkt 4 des Gesetzes Jahre 1222 abgeändert hat, und den ersteren „nicht als einen gegen die Aneignungen des königlichen Fiskus und des Hochadels, sondern gegen das freie Verfügungsrecht erbrachten betrachten.“ „Demgegenüber erübrigt sich laut Szalay eine Hermeneutik des fraglichen Artikels, indem Andreas III. das freie Verfügungsrecht der ohne Erben Verstorbenen in seinem Gesetz vom Jahre 1291 bestätigt hat. Dies diene eindeutig den Interessen der Kirche und „diese Verfügung des heiligen Königs (nämlich Stephans I. (wollte Ludwig im Interesse der Familien ausser Kraft setzen“.¹⁶⁷

Er betrachtet die Schaffung des Gesetzes für eine Wohltat des Königs: „Ludwig führte diese Änderungen im Interesse der Familien, der Geschlechter ein, die er auf einer tunlichst mächtigen Grundlage organisieren wollte, da die Kriegskraft des Landes, die früher auf der Festungsstruktur beruhte, nun auf der Bänderialstruktur aufgebaut war,¹⁶⁸ deren grösseren Teil die Brigaden der bedeutenderen Geschlechter ausmachten.“¹⁶⁹

Antal Pór hält die Änderung des Artikels 4 der Goldenen Bulle für den wichtigsten Artikel unter den Verfügungen vom Jahre 1351: „Die beiden obigen Gesetze widersprachen wohl den alten ungarischen Institutionen und Gebräuchen, doch entsprachen sie so sehr dem Zeitgeist, dass sie ohne Widerstand angenommen wurden.“¹⁷⁰

József Illés erblickt in diesem bedeutenden Gesetzartikel von der Mitte des 14. Jahrhunderts die Vollendung des im 13. Jahrhundert begonnenen Prozesses, des Feudalismus, „die an den Boden gebundene Aufteilung des staatlichen Lebens, als er durch die Feststellung der Avitizität seine rechtliche Formulierung fand.“¹⁷¹

Laut Ignác Acsády gewann die bis dahin nur als Gewohnheitsrecht bestehende Avitizität eine rechtliche Grundlage. Dieser Gesetzartikel richtete sich hauptsächlich gegen die Kirche.¹⁷²

Die Konzeption von Ákos Timon widerspiegelt getreu die Auffassung der zeitgenössischen Rechtshistoriker, daher halten wir es im ganzen genommen für richtig seine Zeilen über die Avitizität zu zitieren: „Das Gebiet des Landes ist das Gebiet der heiligen Krone, das in seiner Gänze unter der Herrschaft der heiligen Krone steht, die königlichen Einkünfte sind Einkünfte der heiligen Krone (*bona vel peculia Sacrae Regni Coronae*) und so lange die durch Ludwig den Grossen eingeführte Avitizitätsbesitzordnung bestanden hat, ging jedes freie Besitzrecht von der Krone, als Wurzel aus, die heilige Krone ist die Wurzel jedes Besitzrechtes (*radix omnium possessionum*) und wenn das Geschlecht des Donatars ausgestorben war, fiel es an die heilige Krone zurück.“¹⁷³

Auch gemäss Bódog Schiller stellt die Avitizität die schriftliche Festlegung des bestehenden Gewohnheitsrechts dar. Nach dem Austerben im Mannesstamm fällt der Besitz an die heilige Krone zurück.¹⁷⁴

Sándor Márki weist in seiner Arbeit über das Mittelalter bloss mit einem halben Satz darauf hin, dass Ludwig „durch Einführung der Avitizität einen an den Boden gebundenen Hochadel . . . schuf.“¹⁷⁵

István Rugonfalvi Kiss befasst sich in seiner Studie eingehend mit dem Avitizitätsgesetz. Trotz seiner anscheinenden Objektivität und Gründlichkeit sind seiner Analyse Schranken gestellt. Bei Prüfung der Ursachen, die zur Inartikulierung der Avitizität führten, folgert er nur aus oberflächlichen Erscheinungen auf die Motive. Demnach war Ludwig „nicht von grossen Reformideen geleitet: er kam einfach dem Wunsch des Adels im vollen Umfang nach.“¹⁷⁶ Ähnlich wie László Szalay bietet er eine geschichtliche Analyse der Gesetze, die sich mit der Besitzerfolge befassen. Anhand einer Prüfung der Folgen des Artikels 4 vom Jahre 1222 malt Rugonfalvi Kiss ein verhältnismässig authentisches Bild über die

in der gesellschaftlichen Struktur vollzogenen Veränderungen. Er berichtet über die Zunahme des Gewichts der Macht des kirchlichen und weltlichen Grossgrundbesitzes, das die „Konservierung“ der Klein- und Mittelgüter zur Folge hatte, da dies „für die grosse Menge des Adels zur Lebensfrage wurde“.¹⁷⁷ Die Befriedigung dieses Anspruchs hätte nach Rugonfalvi Kiss im Falle einer praktischen Verwirklichung des freien Verfügungsrechtes nicht erfolgen können, da dies mit dem Konsens der Kollateralverwandten nicht vereinbar ist. Der Gegensatz musste auf dem Gesetzgebungsweg ausgeglichen werden. Das Gesetz vom Jahre 1267 löste dieses Problem, indem es besagt, dass „die Güter der ohne Erben verstorbenen Adeligen ‘non distraherentur nulli donentur, nulli conferantur, nulli perpetuentur’, sondern einstweilen von den Mitgliedern des Geschlechts in Verwahrung genommen werden sollen, bis sie der König vor sich zitiert und nach Anhören seiner Barone (... nur weltliche ...) entscheidet“. Demnach können wir uns mit der Feststellung unseres Verfassers einverstanden erklären: „was wir unter Avitizität verstehen, das verkörperte sich im Gesetz Béla's IV. vom Jahre 1267.“ Die bisherigen Ausführungen unseres Geschichtsschreibers entsprechen den Tatsachen, doch mutet es überraschend an, dass er sich unter den Merkmalen der Avitizität zur Zeit Ludwigs I. im Falle des Heimfalls der Besitzung eines ohne Erben verstorbenen Adeligen auf das Entscheidungsrecht des Königs und seiner Barone beruft, und damit die Abhängigkeit des Besitzes vom König nachweisen will. In Wirklichkeit wurde diesbezüglich zur Zeit Ludwigs I. und im Gesetz vom Jahre 1351 keinerlei Vorkehrung getroffen. Es ergibt sich also berechtigt die Frage, warum blieb der zitierte Artikel des Gesetzes vom Jahre 1267 unter Ludwig I. in Gültigkeit, wo dieser schon früher, unter Andreas III. ausser Kraft gesetzt wurde, und in seinem Gesetz auch Ludwig selbst nicht wieder darauf zurückgekehrt ist? Anhand seiner Analyse übt er über die entsprechende Verfügung des Gesetzes vom Jahre 1351 eine niederschmetternde Kritik, wonach diese „sehr übereilt und unvollkommen“ ist, nicht bloss die gründliche Umsicht übergeht, sondern auch ein „falsches“ Zitat anführt.¹⁷⁸ Die Goldene Bulle spricht nur im allgemeinen von dem Verfügungsrecht des Adels über seine Besitzungen, sie erwähnt jedoch nicht die zu Gunsten der Kirche erfolgenden Verkäufe, Schenkungen und Testamentserrichtungen. Das „falsche“ Zitat stimmt mit dem Text des Gesetzes Andreas I. vom Jahre 1290 überein. Der ohne Erben „decendens propinquis suis, aut alicui propinquorum, seu uxori vel eciam ecclesiis pro remedio animae suae legare in morte, vel conferre in vita cuicunque voluerit, liberam habeat facultatem“. Demnach wurde Artikel IV der Goldenen Bulle zur Zeit der Anjou's im Geiste des Gesetzes von Andreas III. ausgelegt. Die Änderung vom Jahre 1351 „war gegen das Vermögen der Kirche, der toten Hand gerichtet“. Der politische Einfluss der Kirchenfürsten konnte um die Mitte des 14. Jahrhunderts — nicht zum allzugrossen Gefallen Ludwigs I. — durch die Verhinderung einer weiteren Bereicherung, durch Bekräftigung der Avitizität vermindert werden, womit der klein- und mittelbegüterte Adel konserviert wurde.¹⁷⁹ Rugonfalvi Kiss ahnte etwas

von der beginnenden ständischen Umgestaltung, die auf gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiet im zunehmenden Geltendwerden des niedrigen Adels in Erscheinung trat.

Der Untersuchungsbereich weitete sich in diesem Thema sehr breit aus. Bisher nahm jedoch der Verfasser keiner einzigen Studie Notiz davon, dass im ungarischen Recht ein Unterschied zwischen der *caducitas*, *fiscalitas* und *aviticitas* besteht.¹⁸⁰ József Holub unterscheidet in seiner Studie über den Ursprung der Grundbesitze die Stamm- und die Errungenschaftsbesitzform. Der Stammbesitz war ein Geschlechts-, Familienvermögen, über das der Besitzer weder zu Lebzeiten, noch für den Falle seines Ablebens verfügen konnte. Das Avitizitätsgesetz betraf also diese Besitzform.¹⁸¹

Antal Murarik begann die Untersuchung der Avitizität in seiner rechtshistorischen Arbeit auf den Spuren von Ferenc Eckhart, gelang jedoch zu einer abweichenden Schlussfolgerung. Er macht einen Unterschied zwischen ererbtem und erworbenem Besitz, wobei er sich auf unsere Gesetze aus den Jahren 1267 und 1291 beruft, die – nach seinen Termini – zwischen den „*possessiones hereditates*“ und den „*emptiae vel acquisitae*“ zwecks Aufrechterhaltung des Erbrechtes des Fiskus eine Zäsur ziehen. Dies hing stets vom Verhältnis zwischen dem Herrscher und seinen Untertanen ab. Die Ursache der Abänderung des Gesetzartikels 4 vom Jahre 1222 im Jahre 1351 ist in diesem veränderten Verhältnis zu suchen. Die Goldene Bulle bekräftigte König Ludwig auf Ersuchen der Stände, jedoch „liess er durch die Bestätigung eines alten Gesetzes keine Bresche an einem solchen Punkt zu, wo der Angriff die königlichen Rechte nicht betraf, wo aber vielleicht später die Stände unter dem Titel der dekretalen Formulierung eines nicht bestehenden Ständerechts, nicht unter einem neuen Rechtstitel, sondern auf altbegründetem Recht Rechtsansprüche erheben könnten“.¹⁸²

Bálint Hóman prüft die Gestaltung des Erbrechtes seit den Verfügungen Stephans I. und Kolomans. Die den Besitzformen entsprechende Erbfolge gestaltete sich in dreierlei Weisen: – über den erworbenen Besitz konnte der Eigentümer frei verfügen; – der ererbte Besitz (der einstige Lagerort) vererbte sich dem blutmässigen Rechtsgebrauch der Avitizität entsprechend im Geschlecht des ersten Besitzers; – der Donationsbesitz („des Lehenscharakters“) ging auf die männlichen Nachkommen in gerader Linie, die Brüder des Besitzers und auf deren männliche Nachkommen über, in Ermangelung solcher fiel es an den König zurück. Ludwig I. anerkannte die Geschlechtererbfolge, das heisst die Durchsetzung des Prinzips der Avitizität, er vereinheitlichte also das Erbrecht. Im Interesse einer konsequenten Verwirklichung der einheitlichen Erbfolge aber stetigte er „die ehemals nur sporadisch in Erscheinung tretende Rechtsgewohnheit“ der Präfektion.¹⁸³

Die Auslegung Ferenc Eckhart's stimmt in ihren Einzelheiten mit jener von István Rugonfalvi Kiss überein. Ludwig ging demnach dem Gewohnheitsrecht entsprechend vor, als er das Erbrecht des Geschlechts betonte. Über das Rückfallsrecht des Königs im Falle des Aussterbens

des Geschlechtes enthält das Gesetz keine Verfügungen, da dies durch die Gewohnheit an sich bereits geregelt war, wie solches aus den Urkunden hervorgeht.¹⁸⁴

Erik Molnár lässt das Gewohnheitsrecht ausser acht. Seiner Meinung nach ist die Anerkennung der Avitizität „ein Beweis des Zurückweichens der königlichen Gewalt“,¹⁸⁵ indem dieses Gesetz vom Rückfall des Stammbesitzes auf den König in Ermangelung eines männlichen Erben nichts erwähnt. Tatsächlich wird ein Rückfall auf den König nicht erwähnt, doch folgt daraus nicht, dass der König auf dieses Recht verzichtet hätte. Die erste marxistische Bearbeitung gelangte auf diesem Gebiet zu übertriebenen Folgerungen.

Die Interpretation György Székely's erfasst bündig das Wesentliche: die Institution der Avitizität schützte das Eigentumsrecht der adeligen Familie einer Veräusserung des Besitzes gegenüber.¹⁸⁶

Regelung der Rechtslage des Adels

In der Reihenfolge der Wichtigkeit muss die Regelung der Rechtslage des Adels, wegen ihrer gesellschaftsgeschichtlichen Bedeutung, unter den im Jahre 1351 erbrachten Verfügungen unbedingt zu den wichtigsten gezählt werden.

Die einander widersprechenden Ansichten hinsichtlich der Auslegung des Gesetzartikels 11¹⁸⁷ ergaben sich hauptsächlich daraus, dass die eine Gruppe der Geschichtswissenschaftler den Artikel an sich, die andere Gruppe hingegen im Zusammenhang mit dem Artikel 12¹⁸⁸ unter die Lupe genommen hat. Ausgangspunkt der abweichenden Ansichten war im wesentlichen diese Prüfungsmethode.

Die erste bedeutendere Interpretation des Artikels 11 stammt aus der Feder von György Pray, der dem Gesetzartikel eine „pädagogische“ Tendenz, eine Belohnungsabsicht und einen Ansporn zum Heldentum beimisst. Der König wollte dies alles dadurch erreichen, dass er die verschiedenen Stufen der unter der Bezeichnung „nobilium“ Registrierten mit den gleichen Rechten ausstattet und sie von jeder Last befreit hat, mit Ausnahme des Militärdienstes.¹⁸⁹

Engel untersucht den Gesetzartikel 11 in Zusammenhang mit dem Artikel 12. Von dieser Zeit an — schreibt er — genoss in Ungarn jeder Adelige die gleichen Freiheitsrechte, und zählt die aus dem Artikel 12 bekannten Landesteile auf.¹⁹⁰ Unter den gleichen Freiheitsrechten führt er ausschliesslich die einheitliche Ausdehnung des Kameralnutzens statt der bisher üblichen sonstigen Steuerform an.

Ignaz Aurel Fessler meint, Ludwig habe den gesamten Adel Ungarns hinsichtlich der persönlichen Rechte und Vorrechte völlig gleichrangig gestaltet. Die machthaberischen Oligarchen unterdrückten zur Regierungszeit von Karl Robert und später bis 1351 unter Ludwig den ärmeren Adel, und Ludwig war bestrebt die dadurch entstandenen Unterschiede auf dem Wege der Gesetzgebung auszugleichen. In der Folge erhielten alle, denen ein Adelsrang verliehen wurde, die gleichen Rechte, die den

ältesten Adeligen Ungarns die ersten Könige verliehen haben. Mit dem Gesetz vom Jahre 1351 trat jedoch eine Wendung in den herkömmlichen Verleihungen ein, indem solche Titel wie *barones*, *proceres*, *nobiles* nicht mehr die einzelnen Stufen des Adelsranges bezeichneten, sondern bloss die verschiedenen Amtsverhältnisse, hohe Würden bei Hof, Reichwürden, Komitatsgrafen und Komitatsadelige.¹⁹¹

Eine ähnlich ausführliche Interpretation des Gesetzes liess in der geschichtlichen Literatur lange auf sich warten. Ézsaiás Buday erwähnt nur wortkarg, dass „bis Ludwig zwischen dem höheren und dem niedrigeren Adel ein Unterschied bestanden hat“. Die Differenzierung dieser beiden Schichten des Adels brachte der militärische Gesichtspunkt zustande. Die „*Servientes Regis*“ leisteten unter der Fahne des Königs Militärdienst, die „*Jobbagiones Castri* und *Udvarnici*“ hängten sich unter der Führung des „*comes parochianus* (Obergespan)“ den Säbel um. Die Mitglieder der oberen Schichte waren die „richtigen Adeligen“, die Würden und Ämter innehatten, während die ganze Freiheit ihrer Standesgenossen niedrigeren Ranges darin bestanden hat, „dass sie dem König keinen anderen Dienst leisteten, ausser dem Militärdienst“.¹⁹²

Benedek Virág greift auf den Gedankengang Pray's zurück, und lässt sich bei Zitieren des Wortlautes des Gesetzes auch in philologische Erklärungen ein. „Darin sind wir den Bitten der Adeligen nachgekommen, dass in unserem Lande sämtliche wirklichen Adeligen, selbst auch auf den fürstlichen Besitzungen, die gleiche Freiheit besitzen“ — zitiert er in ungarischer Sprache und veröffentlicht auch einen, seinerseits für fehlerhaft erachteten lateinischen Textteil, der abweichende Interpretationen ermöglicht: „*Multi ex Odvornicis, et aliis conditonariis Curiae ad diversas servitutes adstricti, sunt exemti, et in coetum regni Hungariae Nobilium aggregati*“. Hier handelt es sich nicht um „multi“, sondern um „universi Nobiles“. Er bestreitet die Richtigkeit der Auffassung Pray's, weil es unglaublich ist, „dass Ludwig diese alle gleichzeitig geadelt hätte“. Um seine eigene Ansicht zu untermauern beruft er sich auf Kovachich: „*Testamen, quo Jobagiones castri ceteris regni Nobilibus per Ludovicum I. R. non esse exaequatos . . .*“¹⁹³

In der Geschichtsliteratur weiterforschend finden wir bis zur zusammenfassenden Arbeit von László Szalay keine Interpretation des Artikels 11. Szalay weist auf jene Verfügung des Königs Karl Robert hin, mit der er dem niedrigeren Adel eine Steuerpflicht auferlegte. König Ludwig änderte jedoch im Artikel 11 vom Jahre 1351 diese Massnahme seines Vaters. Szalay versteht unter der Freiheit des Adels seine Steuerfreiheit und will die Richtigkeit seiner Behauptung mit einer Urkunde aus dem Jahre 1366 nachweisen, in der sich der König darauf beruft, dass er die Adeligen vom Kameralnutzen befreit, also ihre Freiheit gesichert hat.¹⁹⁴

Antal Pór warf in Fortsetzung der Gedankenreihe László Szalay's aufs Papier, dass „die im Jahre 1351 entstandene Steuerfreiheit des Adels“,¹⁹⁵ und zitiert den Artikel 11.

Der erste Geschichtsschreiber, der im Gegensatz zu den oberflächlichen Ausführungen — wie weiter oben besprochen — das Wesen des Artikels 11

ahnte und diesen als „Formulierung“ des Adelsstandes aufgefasst hat, ist Ignác Acsády. Zur Zeit Ludwigs „geniessen alle Adeligen des Landes ein und dieselbe Freiheit, obwohl die Einheit des Adelsstandes durch die in der Beschäftigung, besonders aber in den Vermögensverhältnissen verborgenen Unterschiede von Anfang an gestört wurde.“¹⁹⁶

Bálint Hóman erwähnt unter den vereinheitlichenden Vorrechten des Adels an erster Stelle die Avitizität, an zweiter die Einführung der einheitlichen Steuerlast, die es ermöglichten, dass „die zwischen den Grenzen des Landes wohnenden Adeligen, sogar die, die in den innerhalb der Landesgrenzen liegenden herzoglichen Provinzen leben, ausnahmslos die gleiche Freiheit geniessen“. Hóman untersucht die wichtigsten Bestandteile der Adelsfreiheit zur Mitte des 14. Jahrhunderts. Es lohnt sich seine sowohl in gesellschafts- wie auch in rechtsgeschichtlicher Hinsicht beachtenswerten Ausführungen unter die Lupe zu nehmen, dadurch wird es uns nämlich klar, was in der Konzeption der Geistesgeschichtler der Begriff „sub una et eadem libertate gratulentur“ umfasst. Zuerst schreibt er über das Recht der persönlichen Freiheit, demnach es verboten war einen Adeligen ohne ordnungsgemässe Vorladung, Verfahren und gesetzlichem Urteil in Haft zu nehmen. Zweitens erwähnt er die Immunität, das heisst die Unmittelbarkeit der Untertanen, die Adeligen durften nämlich nur vor dem König oder vor den in seiner Gestalt rechtssprechenden hohen Richtern gerichtlich belangt werden. Diese beiden Freiheitsrechte werden im Gesetz vom Jahre 1351 wohl nicht berührt, doch waren sie im Gewohnheitsrecht und in den früheren Gesetzen gültig. Hierher zählt er noch das Eigentumsrecht des Gutsherren, aufgrund dessen er sämtliche Einkünfte und den gesamten Nutzen des Grundbesitzes frei genoss.

Das Gesetz vom Jahre 1351 regelt und bestimmt das einheitliche Erbrecht der Adeligen, die vollständige Steuerfreiheit (eine Kollekte zahlten sie nicht, und unter Ludwig begann auch ihre Befreiung von den öffentlichen Abgaben, die von Gebühren zu Steuern umgewandelt wurden), und die „im Grundsatz der una et eadem libertas formulierte vollkommene Rechtsgleichheit“. Hóman betrachtet diese Regelung für ein abschliessendes Moment der zu Beginn des 13. Jahrhunderts begonnenen gesellschaftlichen Umgestaltung, immerhin betont er, „dass sie die zwischen den verschiedenen Schichten des besitzenden Adals bestehenden gesellschaftlichen Unterschiede ... keineswegs beseitigt hat“.¹⁹⁷ Mit dieser Nuance eines Vorbehalts legt er also in seinem Werk aus, dass der Gesetzartikel 11 die völlige Rechtsgleichheit der Adeligen ausspricht.

Einen gegensätzlichen Standpunkt nimmt Ferenc Eckhart ein. Er ist der Ansicht, dass der Gesetzartikel 11 vom Jahre 1351 die Rechte des Adelsstandes in der Form geregelt hat, dass er den Adel jenseits der Drau und in Slawoniwn von der Enteichtung der Marderfellsteuer befreit hat und „somit ihn dem ungarischen Adel gleichstellte“. Im Endergebnis ist dies die Krönung jenes Prozesses, dessen Beginn durch das Privileg vom Jahre 1324 gekennzeichnet ist, in dem „das Recht des sich im Mutterland entwickelten Adelsstandes auch auf Siebenbürgen ausgedehnt wurde“.

„das Bestreben alle diese Elemente zu verschmelzen“ war sowohl beim König wie auch beim Adel erkennbar. Dementsprechend zitiert Eckhart die Übersetzung des Gesetzartikels in ungarischer Sprache: „sämtliche, zwischen den Grenzen des Landes lebenden Adeligen, auch die in den herzoglichen Provinzen innerhalb unserer Landesgrenzen, mögen sich der gleichen Freiheit erfreuen“. In der Auffassung Ferenc Eckhart's wollte demnach das Gesetz nicht die Identität der Freiheit des Hochadels und des niedrigen Adels betonen, sondern die Gleichheit des Adels aller auf dem Gebiet des Ungarischen Reiches lebenden Freien“.¹⁹⁸

Die bedeutende Gestalt der marxistischen Geschichtsschreibung, Erik Molnár legt im Zusammenhang mit dieser Frage als erster jene Anschauung dar, zu der sich ein Grossteil unserer Geschichtswissenschaftler – allerdings von Gegenmeinungen begleitet – bis heute bekennt.¹⁹⁹ Demnach war der König auf die Unterstützung des niedrigen Adels angewiesen, deshalb stattete er den siebenbürgischen und den slawonischen Adel mit den Rechten der königlichen Servienten aus, „die Servienten hingegen erhob er in den Status der Grossgrundbesitzer“. „Die in der Bezeichnung der königlichen Servienten in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts erfolgte Änderung war der Vorbote“ der gesetzlichen Festlegung auf gesellschaftlicher Ebene. Von da an wurden sie „Adelige“ genannt, die Grossgrundbesitzer hingegen titulierte sich selbst als Barone. Im Sinne der auch im Gesetz festgelegten rechtlichen Sanktionierung der gesellschaftlichen Änderung „geniessen – seit 1351 – alle Adeligen des Landes die gleichen Rechte (*una et eadem libertas*)“, das heisst, dass die herrschende Klasse rechtlich „ohne Rücksicht auf den Vermögensunterschied doch einheitlich wurde, sie nahm die Rechtsgestalt des Adelsstandes (*universitas nobilium*) an“.²⁰⁰

Zu Beginn der sechziger Jahre erreichte unsere Geschichtsschreibung jene Ebene, wo sie auf gründliche Quellenverarbeitungen aufgebaute Synthesen zu produzieren vermochte. Von diesen wollen wir an erster Stelle das Universitätslehrbuch erwähnen, in das über unser behandeltes Thema György Székely schrieb. Dieses Lehrbuch ist der Universitätslehrstoff jener Professoren, die das historische Bewusstsein der jungen Generation gestalten, und auch unsere jungen Historiker wurden durch jenes angespornt, daher müssen wir mit seiner bedeutenden Wirkungskraft rechnen.²⁰¹

Die Herausgeber der als organische Ergänzung des Universitätslehrbuches dienenden Textsammlung heben hervor, dass es sich im Gesetz vom Jahre 1351 „nicht um die Gleichberechtigung der Barone Adeligen handelt, sondern dass das Gesetz die Gleichberechtigung der jenseits der Drau und in Slawonien lebenden Adeligen mit dem Adel Ungarns ausspricht, „durch die Aufhebung der als Brevier des Banus bezeichneten, ehemals ihrerseits gezahlten Steuer“.²⁰²

Davon wird im Gesetz tatsächlich keine Erwähnung getan, dass die Adeligen und die Barone zukünftig gleichrangig wären, doch bezeichnet die „*una et eadem libertas*“ unseres Erachtens unbedingt die gleichen Freiheitsrechte, die Gleichberechtigung hinsichtlich der persönlichen

Freiheit, der gleichen Rechtsstellung, der erblichen Vorrechte des Adels.

Über die wesentlichsten Artikel bot uns die Geschichtswissenschaft so viel. Allerdings befasste sich das Gesetz auch mit der Zollfrage, und – um den dem Adel zuerkannten Begünstigungen die Waage zu halten – vergass man auch die Einführung von Vorkehrungen nicht, die berufen waren die königliche Gewalt und den Staatsapparat zu kräftigen. An dieser Stelle wollen wir uns mit diesen Artikeln, in Anbetracht der geringen Zahl einer diesbezüglichen Literatur und der Umfangsbegrenzung – nicht beschäftigen.

Die Stelle des Gesetzes vom Jahre 1351 in Europa jener Zeit

Wenn wir nach universalgeschichtlichen Analogien forschen, finden wir sowohl in Ost- wie auch in Westeuropa ähnliche Beispiele der Gesetzgebung jenes Zeitalters, freilich widerspiegeln auch die erwähnten Gesetze die entsprechende Ebene der gegebenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung.

Am nächsten steht uns die polnische und die tschechische Entwicklung. In Polen wurden zur Regierungszeit von Kasimir III. im Jahre 1347 für Klein- und Grosspolen besondere Statuten ausgearbeitet, die in einer ähnlichen Weise wie das ungarische Gesetz von Jahre 1351 die Freizügigkeit der Leibeigenen, das gegenseitige Verhältnis der Stände untereinander und die Frage der Gerichtbarkeit regelten.²⁰³

König Karl I. von Böhmen (als Karl IV. Kaiser des Römischen Reiches Deutscher Nation) versuchte im Jahre 1356 ebenfalls eine Vereinheitlichung der feudalen Gesetzgebung in Böhmen durchzuführen.²⁰⁴ In seiner in Deutschland gleichzeitig erlassenen Goldenen Bulle stattete er die Fürsten mit einer Souveränität aus, das heisst, sie erhielten auf ihren Besitzungen die Rechte der Gerichtbarkeit, der Zolleinhebung und das Münzrecht, sowie das Bergregal.²⁰⁵

Unter anderen Bedingungen und Verhältnissen erliess der französische König Karl die sog. „grosse Märzordonnance“, durch die die Regierungsgewalt tatsächlich dem Ständerat zufiel.²⁰⁶

In England wollte die zur Regierungszeit des Königs Eduard III. erlassene Ordinance den infolge der Pestepidemien in den Jahren 1348 – 1349 eingetretenen Arbeitskräftemangel beheben. Dieser folgten in den Jahren 1351 und 1361 Statuten, die den ihre Arbeitgeber verlassenden Arbeitern strenge Sanktionen auferlegten.²⁰⁷

Die Analogien des ungarischen Gesetzes vom Jahre 1351 sind – je nach dem unterschiedlichen Entwicklungsgrad – in den genannten Ländern anzutreffen, es ist demnach nicht einzig dastehend in Europa. Infolge seiner Wirkung geisterte es in Ungarn bis zur Zeit der bürgerlichen Umgestaltung.

ANMERKUNGEN

- ¹ *Csizmadia, A. — Kovács, K. — Asztalos, L.*: Magyar állam- és jogtörténet (Ungarische Staats- und Rechtsgeschichte), Budapest, 1972. S. 63 — 65.
- ² *Werbőczy, I.*: Hármaskönyv (Tripartitum). Budapest, 1897. (Corpus Juris Hungarici) § 11/3.
- ³ *Katona, I.*: Historia Critica Regum Hungariae Stirpis Mixtae. Tomulus III. Ordine X. Ab anno Christi MCCCi ad annum usque MCCCLXXXI. Buda, 1790. Im weiteren: Katona.
- ⁴ Es handelt sich hier um die Arbeiten von *Küküllei, J.* sowie *Franziskanermönch János*.
- ⁵ Die Jesuiten machten sich in Ungarn am Ende des zweiten Viertels des 17. Jahrhunderts — dem aus Antwerpen stammenden Jesuiten *Bolland* und seinen Nachfolgern, den sog. Hollandisten folgend —, der Rückständigkeit des ungarischen geistigen Lebens entsprechend verspätet, im 18. Jahrhundert an jene Arbeit, die zur Zusammenstellung einer Schriftensammlung von mehreren hundert Bänden führte. Der Geist dieser Bände war durch die Verbundenheit zum Hause Habsburg bestimmt, obwohl ein Grossteil jener trotzdem im Manuskript erhalten blieb und in der Universitätsbibliothek auch heute noch zu finden ist. Die bedeutendste ist die handschriftliche Quellensammlung von *Hevenesi* und *Kaprinai*.
- ⁶ *Elekes, L.*: A középkori magyar állam története megalapításától mohácsi bukásáig (Geschichte des ungarischen Staates im Mittelalter von seiner Gründung bis zum Zusammenbruch bei Mohács), Budapest, 1964. S. 302. Im weiteren: Elekes, 1964.
- ⁷ Die bereits erwähnten handschriftlichen Quellensammlungen haben eine riesige Menge historischer Quellen zusammengetragen, aber dementsprechend ohne Auslese bzw. philologischen Anspruch. *István Katona* (1732 — 1811) wuchs über diese Methode insofern hinaus, indem sich seine Untersuchungen auf die Ansichten und Meinungsverschiedenheiten bedeutender und weniger bedeutenden Geschichtsschreiber mit dem Anspruch auf Urteils- und Wertgestaltung erstrecken. In seinen Textwiedergaben greift er nicht immer auf Originalquellen zurück, auch ist er in seinem Anmerkungs-material ungenau, doch infolge des bahnbrechenden Charakters seiner Methode, handelt es sich um einen Fortschritt.
- ⁸ Katona, S. 28.
- ⁹ Das von Katona besprochene Werk von *Franz Rudolf Grossing* „Ungarisches allgemeines Staats- und Regiments-Recht“ ist auch in lateinischer Sprache erschienen: „*Jus publicum Hungariae unica complexum dissertatione*“. Beide: Halle, 1786.
- ¹⁰ „*Andreae decretum aut subleatae fidei, aut certe inualidum esse, utpote quod vi et metu, quin fraude etiam a factiosis non tam impetratum, quam extortum sit.*“ Zitiert v. Katona, S. 28.
- ¹¹ A. a. O.
- ¹² Die Tätigkeit von *György Pray* (1723 — 1801) ist durch eine immer bewussteren Anwendung der quellenkritischen Methode gekennzeichnet. Die unveröffentlichten Quellen sammelte er mit dem unermüdlichen Fleiss seiner jesuitischen Vorgänger weiter und übernahm ihre Publikationen nur nach einer gründlichen Auswahl. Er hatte Gelegenheit auch in das Gut der Kameralarchive Einsicht zu nehmen, was den früheren Geschichtsschreibern für einen unerreichbaren Wunschtraum schien. Seine Arbeit nimmt die Anschauungsweise der in deutscher Sprache erscheinenden ungarischen geschichtlichen Synthesen gewissermassen vorweg, aber seine Werke sind — ähnlich jenen von *István Katona* — wegen ihrer Quellen- und Tatsachenpublikationen wertvoll.
- ¹³ „*Domi interea regni Ordines, ne ob tam crebra bella in exteris regionibus gesta, et sumtus in ea factos, immunitatibus suis praejudicium fieret, idque sensim in usum, et exemplum ad posteris transiret, rebus suis consulere volentes, regem communi nomine rogabant, ut, quas Andreas II. praerogativas Nobilibus confirmasset, ipse etiam ratas habere vellet.*“
Pray, Gy.: Historia regum Hungariae cum notiis praeviis ad cognoscendum veterem regni statum pertinentibus opera, et studio Georgii Pray, abbatis B. M. V. de Tormova, et Cath. Eccl. M. Varadinen coscripta, et in tres partes divisa. (Budae, anno 1801) Bd. II. S. 82. Im weiteren: Pray.
- ¹⁴ Katona, S. 28.

- ¹⁵ Pray, S. 82.
- ¹⁶ *Johann Christian Engel* (1770–1844) ist der erste, der über die Geschichte Ungarns mit einem Werk in deutscher Sprache hervortrat. Die Tugend dieses Werkes ist, dass sein Verfasser eine gründliche und umfassende Forschungsarbeit geleistet hat. Hier: Geschichte des ungarischen Reichs und seiner Nebenländer (Halle, 1797–1804). Im weiteren: Engel.
- ¹⁷ Engel, S. 83.
- ¹⁸ „Die Versammlung ... der Barone, ... der Vornehmen, ... der Adligen unseres Landes und die Gesamtheit derselben ... haben ihre mit treuen Diensten erworbenen hervorragenden Verdienste aufgezählt, und in unserem Gedächtnis wachgerufen...“.
- ¹⁹ Der andere in deutscher Sprache schreibende Autor, *Ignaz Aurel Fessler* (1756–1839) verarbeitete in seinem Werk *Die Geschichten der Ungarn und ihrer Landsassen* (Leipzig, 1815–1825) vor allem einen bedeutenden kulturhistorischen Stoff, was am Niveau der zeitgenössischen Geschichtsschreibung in Ungarn gemessen neuartig war. Im weiteren: Fessler.
- ²⁰ Fessler, S. 707.
- ²¹ Nach den Werken in deutscher Sprache liessen auch die historischen Arbeiten in ungarische Sprache nicht lange auf sich warten. Die erste stammt aus der Feder von *Benedek Virág* (1754–1830), der als Polyhistor bezeichnet werden kann, als Geschichtsschreiber jedoch nur mit Vorbehalt. Seine Publikationsserie *Magyar Századok* (Ungarische Jahrhunderte), Buda, 1816 (im weiteren: *Virág*) ist eine einzigartige, lobswerte Initiative, in der mit einem bestmöglichen Eifer das Wesen der Quellen erschlossen hat. Über einzelne Artikel des Dekrets vom Jahre 1351 wagte er solche Bemerkungen zu tun, die den Keim der Konzeptionen späterer bedeutenden Historiker enthalten.
- ²² Auf die ungarische Geschichtsschreibung wartete in den 1840er Jahren, nach Erscheinen der Quellenpublikationen und der Herausgabe mehr oder minder erfolgreicher historischer zusammenfassenden Arbeiten eine ernste Aufgabe: die Geschichte Ungarns einem Niveau entsprechend zu verarbeiten, das der zeitgenössischen bürgerlichen Wissenschaftlichkeit entsprach. Diesem Anspruch gelang es als erster *Mihály Horváth* (1809–1878) nachzukommen. Das Gesetz bewertete er – wie wir hierauf hingewiesen haben – nicht von den zeitgenössischen Verhältnissen ausgehend, sondern aufgrund seiner Folgen und Auswirkungen im Reformzeitalter; seine Bewertung ist eindeutig negativ.
- Horváth, M.: A magyarok története. A vegyes házakból származott királyok alatt 1301–1526* (Geschichte der Ungarn. Unter den Königen aus verschiedenen Häusern 1301–1526). Pépa, 1842. S. 45. Im weiteren: Horváth, 1842.
- ²³ *László Szalay* (1813–1864). Sein zusammenfassendes Werk ist für uns wegen der Gründlichkeit der rechtsgeschichtlichen Beziehungen wesentlich. In der Methode der Geschichtsschreibung überholte er *Mihály Horváth* durch die Darstellung der Gesellschaftsentwicklung und einer Klärung der öffentlich-rechtlichen Begriffe, die eines Juristen würdig ist. Sein Hauptbestreben war die selbständige, innere Entwicklung der ungarischen Verfassung nachzuweisen und damit die Gesetzwidrigkeit des österreichischen Absolutismus darzulegen. Getreu seiner juristischen Bildung befasste er sich auch deshalb tiefgehend mit den Ergebnissen unserer Gesetzgebung. Hier befassen wir uns mit der zweiten, erweiterten Ausgabe seines Werkes *Magyarország története* (Geschichte Ungarns), Buch VII–X–XI. Pest, 1861. Im weiteren: Szalay.
- ²⁴ Szalay, S. 203.
- ²⁵ Szalay erinnerte sich der Zeit Ludwigs „des Grossen“ indem er sich im Gedankenkreis des ungarischen Grossmachtswahns bewegte.
- ²⁶ *Antal Pór* (1834–1911) war zu seiner Zeit der berufenste Sachverständige des Zeitalters der Anjou's. Den Grossteil seines Lebens opferte er der Erforschung der ungarischen Geschichte im 14. Jahrhundert. Die Tatsachen verwendete er voreingenommen, dem ungarischen Reichsgedanken entsprechend, im Dienste seiner eigenen, nationalistisch gefärbten Konzeption.
- Verwendete Arbeiten: *Nagy Lajos 1326–1382* (Ludwig der Grosse 1326–1382). Budapest, 1892. (Magyar Történeti Életrajzok). Im weiteren: Pór, 1892.
- Pór, A. – Schönherr, Gy.: Az Anjou ház és örökösei* (Das Haus Anjou und seine Urben) 1301–1439. Budapest, 1895. (A Magyar Nemzet Története III.) Im weiteren: Pór, 1895.

- Politikai Magyarországi (Politisches Ungarn) Budapest, 1912. Von diesem: Pór, A.: Az Anjou-kor (Das Zeitalter der Anjou's). Im weiteren: Pór, 1912. Hier: S. 115.
- ²⁷ *Henrik Marczali* (1856 – 1940) behandelt unseren besprochenen Gegenstand kurz in seinem Werk *Magyarország Története* (Geschichte Ungarns), Budapest, o.J. Im weiteren: Marczali.
- ²⁸ Marczali, S. 235.
- ²⁹ A.a.O.
- ³⁰ *Bódog Schiller* (1877 – 1914) Rechtshistoriker. Hier befassen wir uns mit seiner Studie *Az arany bulla* (Die Goldene Bulle). (Politikai Magyarországi, Budapest, 1912.) Im weiteren: Schiller.
- ³¹ Schiller, S. 19.
- ³² *István Rugonfalvi Kiss* (1881 – 1957), Historiker, Universitätsprofessor. In seiner literarischen Tätigkeit zeigen sich adelige Traditionen und unabhängig-nationalistische Enwirkungen. Der Titel seiner Studie lautet: *Nagy Lajos és az ősiség* (Ludwig der Grosse und die Avitizität). (Klebensberg-Emlékkönyv, S. 241 – 248. Budapest, 1925.) Im weiteren: Rugonfalvi Kiss.
- ³³ Rugonfalvi – Kiss, S. 242.
- ³⁴ Das erste Anzeichen der geistesgeschichtlichen Richtung in Ungarn war das Auftauchen der seit dem Millennium ruhenden synthetischen Bestrebungen. Diese Synthese wurde in der „Magyar történet“ (Ungarische Geschichte) verwirklicht, mit der die Verfasser das Interesse und die Ansprüche der breiteren Schichten des gebildeten Leserkreises befriedigen wollten. In dieser zusammenfassenden Arbeit schrieb *Bálint Hóman* jenen Teil, der sich auf unsere Periode bezieht. Nach der Konzeption von *Bálint Hóman* (1885 – 1953) herrschte zur Zeit Ludwigs im ganzen Land allgemeine Ruhe, es bestanden keinerlei Gegensätze. Adelige und Leibeigener lebten im tiefsten Einvernehmen unter der Ägide „der ungarischen Rasseneinheit“, weit von jedem Klassenkampf (den *Hóman* aus seinem Werk bewusst ausschaltet) ihr Leben. *Hóman, B. – Szekefi, Gy.*: Magyar történet III (Ungarische Geschichte III), Budapest, o.J. Im weiteren: *Hóman: M.T.*
- ³⁵ Der grössere königliche Rat ist nach der Definition *Hóman's* „das begutachtende Organ der Gesetzgebung und des Regierungssystems der Anjou's ...“ Seine Mitglieder waren die dem Hof nahestehenden Kirchenfürsten, ernannte und jederzeit entfernbare hohe Beamten – Bannerherren, Obergespanne – und die über einem Grossgrundbesitz verfügenden Nachkommen der nach dem Sturz des alten besitzenden Hochadels beschenkten Würdenträger. Die Tätigkeit dieser, auf die königliche Gunst angewiesenen Beamtenaristokratie beschränkte sich ausschliesslich auf die Meinungsäusserung und Beratung. Gen. Werk S. 191.
- ³⁶ 4. De lucro camerae instituto.
 Lucrum vero camerae, prout tempore inelyti principis domini Caroli, olim regis Ungariae, genitoris nostri carissimi, pia memoriae, de quolibet integro fundo curiae, tres grossi solvebantur; sic et nunc, cum tribus grossis, in nostra camera cudendis (quorum grossorum unus, sex denarios camerae nostrae, in valore, et quantitate sex latiorum Viennensium valeat; et ipsorum grossorum quatuordecim, unum fertonem faciant) persolvatur.
 § 1. Superfluos autem denarios, dicarum redemptionem, et victualia, recipere non valeant.
5. De exemptis a solutione lucri camerae
 Villicos, et servientes, in propriis eorum possessionibus commorantes, ac servos; ipsius lucri camerae dicatores, dicare, et super ipsos lucrum camerae exigere non possint.
- § 1. Et generaliter dicendo, nihil plus quam tres grossos recipere valeant, et extorquere.
- ³⁷ 6. Denonarum solutione, et exactione
 Praeterea, ab omnibus jobagionibus nostris, aratoribus, et vineas habentibus, in quibuslibet villis liberis, ac etiam udvarnicalibus villis, quocunque nomine vocitatis, ac reginalibus constitutis (exceptis civitatibus muratis) nonam partem omnium frugum suarum, et vinorum suorum exigi faciemus; et domina regina exigi faciet; ac praedicti barones, et nobiles similiter, ab omnibus aratoribus jobagionibus, et vineas habentibus, in quibuslibet possessionibus ipsorum existentibus, nonam partem omnium frugum suarum, et vinorum suorum, pro eorum usibus exigent, et recipiant.

- § 1. Praelati quoque, et viri ecclesiastici jobagiones habentes, primo decimas, post haec similiter nonam partem omnium frugum suarum, et vinorum ipsorum exigant.
- § 2. Et, si qui in exactione praedicta secus fecerint; nos in talium rebellium, et praesentem nostram institutionem alterantium, possessionibus, pro usu nostro, ipsam nonam partem ipsarum, et vini, exigere faciemus, sine diminutione, et relaxatione aliqua.
- § 3. Ut per hoc, honor noster augeatur, et ipsi regnicolae nostri, nobis fidelius possint famulari.
- 38 8. De tributis injustis, super terris siccis non exigendis
Tributa omnium injusta super terris siccis, et fluviis; ab infra descendantibus, et supra euntibus non exigantur.
- § 1. Nisi in pontibus, et navigiis, ab ultra transeuntibus solvantur.
- § 2. Cum in eis, nobiles, et ignobiles regni nostri, multum et nimium percepimus aggravari.
- Die Artikel 15 und 17 befassen sich ferner mit der Zollregelung.
- 39 16. Coloni, violenter non abducantur
Jobagiones aliquorum regnicolarum nostrorum, ad regiam, vel reginalem celsitudinem pertinentes, vel ad ecclesiarum praelatos, aut potentes regni nostri attinentes; absque voluntaria permissione dominorum eorumdem jobagionem, potenter non abducantur.
- 40 18. Coloni, pro pristinis excessibus non possint arestari, si migrare velint
In civitatibus, et liberis villis, regalibus et reginalibus, praelatorum, et baronum, ac aliorum nobilium tenutis, et possessionibus, jobagiones regnicolarum nostrorum, pro pristinis factis non possint impediri, prohiberi, et arestari, in rebus, et personis.
- § 1. Sed si iidem vulnera, laesiones, mortem, incendia, et alia consimilia enormia perpetrarent manifeste; extunc ex parte eorumdem, iudicium, et justitiam, quilibet querulantium, in proprium dominorum suorum praesentia prosequatur congruentem
- 41 Die Tätigkeit von Ignác Acsády (1843–1906) ist durch sein Interesse für wirtschafts- und gesellschaftsgeschichtliche Fragen gekennzeichnet. Er sprach es als erster aus, dass unsere nationale Geschichte ohne die Geschichte der Leibeigenen unvollständig ist. Wir befassen uns mit den entsprechenden Teilen zweier seiner Werke: A magyar birodalom története (Geschichte des Ungarischen Reiches) Band I. (Budapest, 1903). Im weiteren: Acsády, 1903. A magyar jobbágyság története (Geschichte der ungarischen Leibeigenschaft). (Budapest, 1908.) Im weiteren: Acsády: A m.j.t. Hier: A m.j.t. S. 137.
- 42 Hóman: M.T. S. 130.
- 43 István Szabó (1898–1969) war der Forscher der Geschichte der ungarischen Bauernschaft. Jene enorme Quellenmenge, die er erschlossen hat, verarbeitete er mit einer äusserst gründlichen Kritik.
A magyar parasztság története (Geschichte der ungarischen Bauernschaft). Budapest, 1940. Im weiteren: Szabó, 1940. S. 15.
Seine weiteren einschlägigen Arbeiten:
Hanyatló jobbágyság a középkor végén (Niedergehende Leibeigenschaft am Ende des Mittelalters). Századok, 1938. Im weiteren: Szabó, 1938.
Az 1351. évi 18. törvények (Gesetzartikel 18 vom Jahre 1351). Szentpétery-Emlékkönyv, 1938. S. 419–439. Im weiteren: Szentp.-Ek.
A magyarság életrajza (Biographie des Ungartums). Budapest, o.J. Im weiteren, Szabó: A m.j.t.
Az 1351. évi jobbágytörvények (Die Leibeigenengesetze vom Jahre 1351). Századok, 1954. Nr. 4. S. 497–527. Im weiteren: Szabó, 1954.
A falurendszer kialakulása Magyarországon /X–XV. század/ (Entwicklung des Dorfsystems in Ungarn /10–15. Jh./). Budapest, 1971. Zweite Auflage. Im weiteren Szabó, 1971.
Ein Grossteil der angeführten Arbeiten erschien in einem Studienband: Jobbágyok, parasztok (Leibeigenen, Bauern). Budapest, 1976. Értekezések a magyar parasztság történetéből (Abhandlungen aus der Geschichte der ungarischen Bauernschaft).
- 44 Tanulmányok a parasztság történetéhez Magyarországon a 14. században (Studien zur Geschichte der Bauernschaft in Ungarn im 14. Jahrhundert). Hrsg.: Székely, Gy. Verfasst von: Fügedi, E., Györffy, Gy., Mályusz, E., Székely, Gy. Im weiteren: Mályusz 1953, Székely, 1953.
Hier: Székely, gen. Werk. S. 57.

- ⁴⁵ Szabó, 1940. S. 8.
- ⁴⁶ Die Steuerform des Kameralnutzens bedeutete jene königliche Einkommensquelle, die aus der Reproduktion des Geldes in einer minderwertigeren Form hervorging. Im dritten Jahrzehnt des 14. Jahrhunderts liess Karl Robert Goldgulden mit unveränderlichen Wert prägen, womit er den Valutenwert des ungarischen Geldes auf dem europäischen Geldmarkt stabilisierte. „Das Vorhandensein des dauerhaften Geldes schloss die Einhebung des alten Kameralnutzens aus, da dies mit einer ständigen Geldentwertung einherging. Der König begann nunmehr die Steuer des Kameralnutzens auf einer neuen Grundlage einzuheben. Die neue Form ermöglichte es einer Geldentwertung aus dem Wege zu gehen. Diese wurde je Grundstück (nach der seinerzeitigen Umschreibung: je Tor, je Pforte) eingehoben. Demzufolge wird die Steuer des Kameralnutzens auch Grundstücksteuer, Portalsteuer genannt“. Székely, 1965. S. 191.
- ⁴⁷ Fessler befasst sich mit den Missbräuchen, die auf dem Gebiet der Eintreibung des Kameralnutzens erfolgt sind.
- ⁴⁸ Pór, 1892. S. 563 und Pór, 1912, S. 115.
- ⁴⁹ Acsády: A m.j.t. S. 134.
- ⁵⁰ A.a.O.
- ⁵¹ Hóman: M.T. S. 118.
- ⁵² Székely, 1953. S. 286.
- ⁵³ Székely, a.a.O. S. 385.
- ⁵⁴ Katona, S. 33.
- ⁵⁵ A.a.O.
- ⁵⁶ *Ádám Ferenc Kollár* (1718–1783) war einige Zeit Jesuit, nachher trat er aus dem Orden aus. Ausser seinen rechtshistorischen Werken in lateinischer Sprache schrieb er auch in ungarischer Sprache. Sein Werk: *Historiae jurisque publici regni Hungariae amoenitates II.* (Wien, 1783.) Im weiteren: Kollár.
- ⁵⁷ Pray, S. 82–83.
- ⁵⁸ Engel, S. 84.
- ⁵⁹ Virág, S. 178.
- ⁶⁰ *Buday, Ézsaiás* (1766–1841). *Magyar ország története. A mohácsi veszedelemig 374–1527 eszt.* (Historie Ungarns. Bis zur Niederlage bei Mohács, Jahre 1347–1527). Pest, 1833. Im weiteren: Buday.
- ⁶¹ Buday, S. 179.
- ⁶² Székely, S. 204–205. Dieser Auffassung begegneten wir im Laufe unserer Materialsammlung vor Kollár nicht. Auch István Katona beruft sich auf ihn als Quelle.
- ⁶³ A.a.O. S. 252.
- ⁶⁴ Hier sind die vom Gesetz formulierten „Landesbewohner“ (*regnicolae*) zu verstehen.
- ⁶⁵ Pór, 1892. S. 563.
- ⁶⁶ Er verweist hier auf die Steuerfreiheit des Adels, die Aufhebung der Trockenmaut und den Erlass von einer Mark bei Hochzeiten.
- ⁶⁷ Székely, 1953. S. 283.
- ⁶⁸ Über die Zusammenhänge zwischen dem Neuntel und der Freizügigkeit schreibt ausführlicher Pór, 1912. S. 115–116.
- ⁶⁹ *Illés, József* (1871–1944) Rechtshistoriker, einer der letzten Vertreter der konservativen Schule mit stark feudalem Aspekt, die Werbőczy verherrlichte. Sein Werk: *Az Anjou-kori társadalom és az adózás* (Die Gesellschaft zur Zeit der Anjou's und die Steuerleistung). Budapest, 1900. Im weiteren: Illés, 1900.
- ⁷⁰ Illés, S. 69.
- ⁷¹ A.a.O. S. 65.
- ⁷² A.a.O. S. 73.
- ⁷³ Diese Auffassung bekundete als erster Antal Pór. Überraschend ist, dass der fortschrittlich denkende Historiker ähnlicher Meinung ist.
- ⁷⁴ Acsády, 1903. S. 483.
- ⁷⁵ Acsády, A m.j.t. S. 135.
- ⁷⁶ Acsády, 1903. S. 497.
- ⁷⁷ Marczali, S. 212.
- ⁷⁸ *Márki, Sándor* (1853–1925). Er befasste sich in seinen Arbeiten fortschrittlicher Anschauung besonders mit der Geschichte der grösseren ungarischen Bauernbewegungen und Freiheitskämpfe, ferner mit geographischen Themen.

- 79 Hóman: M. T. S. 133.
 80 Szabó, 1940.
 81 Szabó, gen. Werk. S. 13.
 82 A.a.o. S., 14. „... die englische „Odonance of Labourers“ erklärte auch der gebundenen Arbeitszwang.“
 83 A.a.O.
 84 Szabó, 1971.
 85 „Osten (deutscher Geschichtsschreiber), meint, dass die Rolle der Pest an der Bevölkerung bestritten ist, da jene doch in erster Linie städtische Erscheinung war.“
 – Zitiert István Szabó. A.a.O. Fussnote 173.
 86 Szabó, 1971. S. 173.
 87 A.a.O. S. 172.
 88 Molnár, Erik (1894–1966) schuf nach der Befreiung die erste marxistische Synthese des ungarischen Mittelalters. Seine Quellenanwendung geht – infolge des Charakters seiner Arbeit – nicht in Einzelheiten ein. Beim Verfassen der hinsichtlich unseres Gegenstandes wesentlichen Teilen zog er eher seine umfassenden Kenntnisse heran. Wir befassen uns mit seinem Werk. A magyar társadalom története az Árpádoktól Mohácsig (Geschichte der ungarischen Gesellschaft von der Arpadenzeit bis Mohács). Budapest, 1949. Im weiteren: Molnár, 1949.
 89 Kékesi, K.: A ma történetíróinak hivatása. Beszélgetés Pach Zsigmond Pállal, az MTA Történettudományi Intézete igazgatójával (Aufgabe der Geschichtsschreiber unserer Tage. Gespräch mit Zsigmond Pál Pach, Direktor des Geschichtswissenschaftlichen Instituts der Ungarischen Akademie der Wissenschaften). (A magyar tudomány műhelyeiben) /In den Werkstätten der ungarischen Wissenschaft/. Népszabadság, 12. März 1976. S. 8.
 90 Molnár, 1949. S. 213.
 91 A. a. O. S. 212.
 92 Wir denken an den früher erwähnten, von György Székely im Jahre 1953 herausgegebenen Studienband.
 93 Székely, 1953. S. 276–277.
 94 A.a.O. S. 278.
 95 A.a.O. S. 58.
 96 A.a.O.
 97 A.a.O. S. 278.
 98 Laut István Szabó befassen sich im Gesetz vom Jahre 1351 die Artikel 6, 16 und 18 mit der Lage der Leibeigenschaft.
 99 Szabó, 1938.
 100 A.a.O. S. 22.
 101 A.a.O. S. 34.
 102 A.a.O. S. 55.
 103 Szabó, 1954.
 104 Elekes, 1964.
 105 A.a.O. S. 126.
 106 A.a.O. S. 125.
 107 Articulus 4: Superfluos autem denarios, dicarum (im Original: denarios videlicet dicarum) redemptionem, et victualia, recipere non valeant.
 108 Hier wollen wir vor allem auf die Annäherungsweise von István Szabó verweisen.
 109 Die Originalausgabe des Gesetzes vom Jahre 1351 bildet einen zusammenhängenden Text, ohne Teilung auf Artikel und Paragraphen. Die auch heute gebräuchliche Gliederung in Artikel stammt von Márton György Kovachich, und die se Ausgabe diene jeder späteren Ausgabe des Corpus Iuris als Grundlage.
 110 Katona, S. 42.
 111 Cziráky, Antal Mózes (1772–1852), ein Graf, der Rechtsstudien absolvierte. Seine rechtlich-literarische Tätigkeit hat stark reaktionär-konservativen Charakter. Mit unserem Thema beschäftigt er sich in seiner Arbeit Ordo historiae juris civilis (Pest, 1794.)
 112 Szalay, S. 205.
 113 Wenzel, Gusztáv (1812–1891), Anhänger der historischrechtlichen Schule, versuchte den nationalen Charakter der einzelnen Rechtsinstitutionen nachzuweisen. Magyar-

- ország mezőgazdaságának története (Geschichte der Landwirtschaft Ungarns). Budapest, 1887. Dieses Werk betrifft unser Thema. Im weiteren: Wenzel.
- ¹¹⁴ Wenzel, S. 253.
- ¹¹⁵ Váczy, Péter: A középkor története — Egyetemes történet II. kötet (Geschichte des Mittelalters — Universalgeschichte, Band II). Budapest, o. J. Im weiteren: Váczy: A k.t.
- ¹¹⁶ Marczali, S. 213.
- ¹¹⁷ Váczy: A k. t. S. 188.
- ¹¹⁸ Szabó, 1940. S. 25.
- ¹¹⁹ A.a.O.
- ¹²⁰ A.a.O. S. 26.
- ¹²¹ István Szabó trachtet seine Behauptungen anhand einer statistischen Verarbeitung urkundlichen Materials ziffernmässig nachzuweisen.
- ¹²² Molnár, 1949. S. 79.
- ¹²³ Von der Studie György Székely's beeinflusst änderte István Szabó in seiner Studie aus dem Jahre 1954, unter Einbeziehung neuen Quellenmaterials seine früheren Behauptungen. Die Analyse der beiden, voneinander abweichenden Auffassungen erfordert es, dass wir die Auslegung Székely's zitieren, demnach der Artikel 16 „auf die im Zusammenhang mit dem Umzug bestehende Anarchie hinweist, darauf nämlich, dass Leibeigene auch ohne Erlaubnis von den Besitzungen des Königs und der Königin, der Kirchenfürsten und Magnaten, im allgemeinen der Adeligen verschleppt wurden.“ Székely, 1953. S. 282.
- ¹²⁴ Székely, 1953. S. 196. Die eingehende Prüfung der Frage würde die Kenntnis fast des vollständigen urkundlichen Materials jener Zeit erfordern. In Anbetracht der geringen Zahl der erhalten gebliebenen Quellen, müssen wir uns vor Verallgemeinerungen hüten. Székely exponiert dieses Problem in der Form, dass „Die Häufigkeit einer Verschleppung von Leibeigenen vor der grossen Pestepidemie im Jahre 1349 — auch in Berücksichtigung der Menge von Urkunden — kaum hinter der späteren zurückbleibt. Die Pestepidemie brachte demnach keine Änderung im Siedungsprozess in qualitativer Hinsicht — wie dies auch die Verschleppungen beweisen.“ Mit dieser Behauptung stellt er die Richtigkeit der Auffassung István Szabó's in Frage. Unseres Erachtens darf man die Methode István Szabó's doch nicht ausser acht lassen, der seine Folgerungen hinsichtlich der Häufigkeit der Abwanderungen aufgrund des auffindbaren urkundlichen Materials ziffernmässig, also mit quantitativen Kennziffern rechnend gezogen hat.
- ¹²⁵ György Székely bemängelt nicht allein die Konzeption István Szabó's, sondern auch die von Péter Váczy (gen. Werk S. 188 — 189), der darlegte, „ohne den Versuch irgendeiner Begründung . . ., dass die Abwanderung der Leibeigenen, oder im Falle ihrer Behinderung ihre Flucht, ja sogar ihre Entführung ein ganz grosses Ausmass angenommen haben, namentlich nach der grossen Pestepidemie“, Székely, 1953. S. 196 — 197.
- ¹²⁶ Székely. gen. Werk S. 197.
- ¹²⁷ Kollár, S. 145.
- ¹²⁸ Cziráky, S. 75.
- ¹²⁹ Pray, S. 83.
- ¹³⁰ Engel, S. 85.
- ¹³¹ Fessler, S. 725.
- ¹³² Virág, S. 181 — 182.
- ¹³³ Kelemen, Imre (1744 — 1819) war Jesuitenmönch und absolvierte nach Auflösung des Ordens in Tyrnau Jus. Er befasste sich mit dem Zivilrecht und Bearbeitete als erster die Geschichte des ungarischen bürgerlichen Rechts. Sein Werk: *Historia juris Hungarici privati I.* (Buda, 1818.) S. 154.
- ¹³⁴ Pfahler, Károly (Ende des 18. — Anfang des 19. Jahrhunderts) war Sachverständiger der Verhältnisse des Grundeigentums (Urbarialwesen usw.). Sein zitiertes Werk: *Ius Georgicum regni Hungariae* (Keszthely, 1820.) S. LXXXIX.
- ¹³⁵ Frank, Ignác (1788 — 1850), Vertreter der historischen Rechtsschule, „Veter“ der wissenschaftlichen Rechtsschule; die Krönung des feudalen Rechts war sein Werk „A közigazság törvénye magyar honban“ (Gesetz des öffentlichen Rechts in Ungarn). (I — III. Buda, 1845 — 1847.) Hier: Bd. II. S. 24.

- ¹³⁶ Szalay, 1861. S. 214.
- ¹³⁷ Horváth, 1842. S. 269–270.
- ¹³⁸ Barta, György (1785–1865) Rechtshistoriker. In seinen Studien und zusammenfassenden Arbeiten beschäftigte er sich aufgrund von Urkunden mit der Geschichte des öffentlichen Rechts im Mittelalter. Sein Werk: *Commentarium ad historiam status jurisque publici Hungariae aevi medii libri III.* (Pozsony, 1874). S. 91.
- ¹³⁹ Nagy, B.: A magyarországi jobbágy állapota Róbert Károlytól 1514-ig (Zustand des Leibeigenen in Ungarn von Robert Karl bis 1514). Budapest, 1896. S. 47.
- ¹⁴⁰ Hajnik, Imre (1840–1902) Rechtshistoriker, einer der ersten hochgebildeten Pfleger der ungarischen Rechtsgeschichte. Seine Werke befassen sich überwiegend mit der Rechtsgeschichte des Mittelalters. Seine Arbeit: *A magyar bírósági szervezet és perjog az Árpád- és vegyesházi királyok alatt* (Die ungarische Gerichtsverfassung und das Prozessrecht unter den Königen aus dem Hause der Arpaden und der gemischten Häuser). Budapest, 1899. S. 97–100.
- ¹⁴¹ Timon, Ákos (1850–1925) Jurist, Universitätsprofessor. Als Rechtshistoriker gehörte er der geschichtlich-rechtlichen Schule an, Forscher und Verteidiger der für national gehaltenen, in Wirklichkeit feudalen und halbfeudalen Institutionen, der die Ergebnisse der neueren Forschungen sozusagen völlig ausser acht liess. Seine Arbeit: *Magyar alkotmány- és jogtörténet* (Ungarische Verfassungs- und Rechtsgeschichte) Budapest, 1906. S. 570, 574.
- ¹⁴² Pór, 1895. S. 223–224.
- ¹⁴³ Pór, 1912. S. 116.
- ¹⁴⁴ Acsády: A m. j. t. S. 134.
- ¹⁴⁵ Jánossy, I.: A magyar jobbágy Máttyás korában (Die ungarische Leibeigenschaft zur Zeit von Matthias) Komárom, 1914. S. 10.
- ¹⁴⁶ Knoll, I.: Társadalmi és rendi tagozódás az Anjou-korban (Gesellschaftliche und ständische Gliederung zur Zeit der Anjou's) Budapest, 1914. S. 55.
- ¹⁴⁷ Gábor, Gy.: A megyei intézmény alakulása és működése Nagy Lajos alatt (Gestaltung und Funktion der Komitatsinstitution unter Ludwig dem Grossen) Budapest, 1908. S. 33.
- ¹⁴⁸ Vinkler, J.: A magyar igazságszolgáltatási szervezet és polgári peres eljárás a mohácsi véstől 1848-ig II. (Das ungarische Justizwesen und Zivilprozessverfahren von der Niederlage bei Mohács bis 1848 II.) Pécs, 1927. S. 224.
- ¹⁴⁹ Schneller, E.: A jobbágy társadalmi helyzete a parasztlázadások előtt (Gesellschaftliche Lage der Leibeigenschaft vor den Bauernaufständen) Pécs, 1929. S. 20.
- ¹⁵⁰ Hóman: M. T. S. 119.
- ¹⁵¹ Szabó: Szentp.-Ek.
- ¹⁵² Er verglich den im Staatsarchiv (Dl. 4239–Lad. H. No. 2.) verwahrten Originaltext sowie die Textpublikationen des Corpus Iuris Hungarici aus den Jahren 1581 und 1584.
- ¹⁵³ Szabó: Szentp. – Ek.
- ¹⁵⁴ A. a. O. S. 436.
- Übersetzung des Gesetzartikels 18 vom Jahre 1351 nach István Szabó: „Ferner dürfen die Leibeigenen der Landbewohner in den Städten und freien Ortschaften des Königs und der Königin, auf den Appertinenzen und Besitzungen der Kirchenfürsten, Barone und Adeligen wegen alter Vergehen weder in ihrer Person, noch in ihrer Habe angehalten, mit Beschlag belegt oder verhaftet werden, sondern wenn jene offensichtlich Wunden, Verletzungen, Totschlag, Brandstiftung oder sonstige Greuel verübt haben, soll ihrerseits Urteil und Gerechtigkeit gesprochen werden, und das entsprechende Urteil und die Gerechtigkeit suche jeder Kläger vor deren Herren“. A. a. O. Anmerkung 137.
- ¹⁵⁵ A. a. O. S. 439.
- ¹⁵⁶ Molnár, 1949. S. 79.
- ¹⁵⁷ Székely, 1953. S. 210.
- ¹⁵⁸ Elekes, L. – Lederer, E. – Székely, Gy.: Magyarország története (Geschichte Ungarns). (Egyetemi tankönyv I. – Universitätslehrbuch I.). Budapest, 1965. Zweite Auflage. Im weiteren: E. T. /S. 215–216.
- ¹⁵⁹ Szabó: Szentp. – Ek., S. 436.
- Der betreffende Wortlaut der Goldenen Bulle vom Jahre 1222 lautet wie folgt: „Si quis serviens sine filio decesserit, quartam partem possessionis filia obtineat: de residuo, sicut ipse voluerit, disponat. Et si morte praeventus disponere non poterit, propinqui

sui qui eum magis contingunt, obtineant; et si nullam penitus generationem habuerit, rex obtinebit.

Das gleiche im Gesetz vom Jahre 1351: (Im Gesetz beruft man sich darauf, dass die gleiche Verfügung geändert wird, was in Wirklichkeit — wie dies aus folgendem Text hervorgeht — nicht so geschah.)

...«Quod nobiles homines, sine haerede decedentes, possint, et queant ecclesiis, vel aliis quibus volunt, in vita, vel in morte dare, et legare, possessiones, eorum vendere, vel alienare.»

160 Imo ad ista facienda nullam penitus habeant facultatem, sed inter fratres proximos, et in generationes eorum: ipsorum possessiones, de jure, et legitime, pure, et simpliciter, absque contradictione aliquali, devolvantur.

161 Katona, S. 29, nämlich den Artikel 4 der Goldenen Bulle vom Jahre 1222.

162 Pray, II. S. 82.

163 Fessler, S. 707—708.

164 Virág, S. 176—177.

165 Horváth, 1842. S. 46—57.

166 Szalay erwähnt richtig den Artikel 32, von einer Regelung des Erbrechts ist nämlich im Artikel 32 die Rede. Dem Vergleich zuliebe, zwecks Verständnis der Konzeption Szalay's zitieren wir folgende Artikel: 1222:4. (früher bereits zitiert).

1267:6. „Desgleichen wollen wir, dass wenn einer der Adeligen eventuell ohne Erben stirbt, dessen Besitzungen und Güter so lange nicht verteilt, niemandem geschenkt, niemandem gespendet, niemandem vererbt werden, bis die Verwandten und die Mitglieder des Geschlechts des betreffenden Verstorbenen vor unsere Gegenwart berufen wurden und über diese Güter in ihrer und unserer Barone Gegenwart eine Verfügung getroffen wird, wie dies die Rechtsordnung bestimmen wird. Während dieser Zeit aber haben sowohl die Besitzungen wie auch die Güter des Verstorbenen die Verwandten und Angehörigen seines Geschlechts zu verwahren.“

1291:26 „Desgleichen gestatteten wir, dass wenn einer der Adeligen oder der erwähnten Sachsen ohne Erben stirbt, die erblichen, gekauften oder auch erworbenen Güter des so Verstorbenen für den Fiskus keineswegs beschlagnahmt werden dürfen. Dem Betreffenden sei es vielmehr freigestellt, jene für den Fall seines Todes seinen Verwandten insgesamt oder irgendeinem seiner Verwandten, oder seiner Gattin, oder auch für sein Seelenheil der Kirche zu vermachen, oder noch bei Lebzeiten jedem dem er will zu schenken.“

Beide Übersetzungen: Szöveggyűjtemény Magyarországtörténetének tanulmányozásához I. (Textsammlung zum Studium der Geschichte Ungarns I.) Hrsg.: Lederer, E. Budapest, 1964. Im weiteren: Szgy.

167 Szalay, (zweite Auflage) S. 213.

168 Bänderialstruktur: in der Form „banerium“ im Sinne des Kriegsbanners kommt es auch in der Kézai'schen Chronik vor. Karl Robert baute das bänderiale Kriegssystem auf den bewaffneten Truppen der neuen Grossgrundbesitzer auf, die aus eigenen, adeligen Servienten bestanden. E. T. S. 193.

169 Szalay, gen. Werk (erste Auflage) S. 204.

170 Pór, 1912. S. 128.

171 Die Fortsetzung des Zitats lautet folgendermassen: „... im Gesetzartikel IV. vom Jahre 1351“. Illés ist hier das Opfer eines sachlichen Irrtums, das Gesetz der Avitizität ist nämlich § XI des CIH. Es ist anzunehmen, dass er ihn mit Artikel IV. des Gesetzes vom Jahre 1222, der sich mit der Regelung der Erbfolge befasst, verwechselt hat. Illés, 1900. S. 18—19.

172 Acsády, 1903. S. 482—483.

173 Timon, 1912. S. 14.

174 Schiller, S. 91.

175 Márki, S. 639.

176 Rugonfalvi Kiss, 1925. S. 242.

177 A. a. O. S. 244—245.

178 Der betreffende Artikel der Goldenen Bulle: Si quis serviens sine filio decesserit, quartam partem possessionis filia obtineat; de residuo, sicut ipse voluerit, disponat. Et si morte praeventus disponere non poterit, propinqui sui, qui eum magis contingunt, obtineant; et si nullam penitus generationem habuerit, rex obtinebit.

Präambel des Gesetzes vom Jahre 1351: ... quod nobiles homines, sine haerede decentes, possint, et queant ecclesiis, vel aliis, quibus volunt, in vita, vel in morte dare, et legare, possessiones eorum vendere vel alienare.

179 Rugonfalvi Kiss, 1925. S. 248.

180 Caducitas: das Erbrecht des Königs, demnach der Erbe jeder herrenlosen Verlassenschaft der König ist. Fiscalitas: der zu Gunsten des königlichen Fiskus, zum Beispiel wegen einer seitens des Besitzers begangenen Majestätsbeleidigung, Verrats oder wegen Ablebens ohne Nachkommen beschlagnahmte Besitz, der Gegenstand einer weiteren Spendung war. Über die Avitizität sprachen wir anhand der Auslegung des Gesetzartikels.

181 Hohub, J.: A vásárolt fekvő jószág jogi természetét régi jogunkban (Die Rechtsnatur des gekauften Immobiliarguts in unserem alten Recht). Károlyi-Emlékkönyv. (Károlyi-Gedenkbuch), Budapest, 1933. S. 246–254.

182 Murarik, A.: Az ősiség alapintézményeinek eredete (Ursprung der Grundinstitutionen der Avitizität). Budapest, 1938. S. 108–112. Im weiteren: Murarik, 1938.

183 Hóman: M. T. S. 120–121.

184 Eckhart, Ferenc (1885–1957) Rechts- und Wirtschaftshistoriker, Universitätsprofessor. Magyar alkotmány- és jogtörténet (Ungarische Verfassungs- und Rechtsgeschichte) Budapest, 1946. S. 359–360. Im weiteren: Eckhart, 1946.

185 Molnár, 1949. S. 99–100.

186 Székely: E. T. S. 217.

187 11. Nobiles regni, una et eadem libertate gaudeant

Ad eorum etiam nobilium petitionem annuimus: ut universi viri nobiles, intra terminos regni nostri constituti, etiam in tenutis ducalibus, sub inclusione terminorum ipsius regni nostri existentes, sub una, et eadem libertate gratulentur.

188 12. Nobiles inter fluvios Dravae, Savae, ac de Posega, et de Valkó, a solutione marturinorum exempti habeantur

Luerum etiam camerae nostrae, nobiles inter fluvios Drava, Sava, ac de Posega, et Valkó, cum aliis viris nobilibus regni nostri, unanimiter solvere teneantur.

§ 1. Nec ratione collectae marturinorum, bansul mora vocatarum, anodo, et impostorum molestentur.

§ 2. Sed ab omni exactione aliarum quarumlibet collectarum, hactenus persolvi consueatarum, exempti penitus, tanquam caeteri nobiles nostri aliarum partium, et immunes habeantur.

189 Pray, S. 84.

190 Engel, S. 85.

191 Fessler, S. 707.

192 Buday, S. 178.

193 Virág, S. 178–180.

194 Szalay, S. 205.

195 Pór, 1892. S. 565 und Pór, 1912. S. 116.

196 Acsády, 1903. S. 477.

197 Hóman: M. T. S. 121–123.

198 Eckhart, 1946. S. 59.

199 Im Problemenkreis des Ständewesens weisen uns den Weg: Bónis, Gy.: Hübériség és rendiség a középkori magyar jogban (Leibeigenschaft und Ständewesen im ungarischen Recht des Mittelalters). Kolozsvár, 1944.

Mályusz, E.: A magyar társadalom a Hunyadiak korában. A hübériség és rendiség problémája (Die ungarische Gesellschaft zur Zeit der Hunyadi's. Problem der Leibeigenschaft und den Ständewesens). Mátyás király-émlékkönyv (König Matthias-Gedenkbuch) 1940. Band I. S. 311–433.

Mályusz, E.: A magyar rendi állam Hunyadi korában (Der ungarische Ständestaat zur Zeit Hunyadi's). Budapest, 1958.

Eine marxistische Wertung bieten:

Elekes, L.: Rendiség és központosítás a feudális államokban. Problémák a kérdés kelet-európai vonatkozásainak kutatásában, különös tekintettel a XV. századi Magyarország viszonyaira (Ständewesen und Zentralisierung in den feudalen Staaten. Probleme anhand der Forschung der osteuropäischen Beziehungen dieser Frage, mit besonderer Rücksicht auf die Verhältnisse Ungarns im 15. Jahrhundert). Budapest, 1962.

Elekes, L.: Rendi ellentétek és kutatási problémák a XV. századi Magyarországon (Ständische Gegensätze und Forschungsprobleme in Ungarn im 15. Jahrhundert). Történelmi Szemle, 1964. S. 264–286.

Elekes, L.: Osztályharc és rendi ellentétek a Mohács előtti Magyarországon (Klassenkampf und ständische Gegensätze in Ungarn vor Mohács). MTA II. Osztályának Közleményei, 1966. Bd. XV. S. 165–185.

²⁰⁰ Molnár, 1949. S. 88–89.

²⁰¹ Székely: E. T. S. 217.

²⁰² Szgy. S. 110.

²⁰³ Világtörténet III. kötet (Weltgeschichte Band III). Budapest, 1963. S. 711–712.

²⁰⁴ A. a. O. S. 697.

²⁰⁵ A. a. O. S. 682.

²⁰⁶ A. a. O. S. 642.

²⁰⁷ A. a. O. S. 662–663.